P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1972 Ausgegeben am 28. Dezember 1972 145. Stück

467. Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits samt Anhang und Protokollen Nr. 1 und 2 sowie Erklärung

467.

Nachdem das am 22. Juli 1972 in Brüssel unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits, dessen Artikel 8, Artikel 24 Absatz 3 lit. a, 3. Unterabsatz, Artikel 24 Absatz 3 lit. c, 1. Satz und Artikel 26 Absatz 1, 3. Satz verfassungsändernde Bestimmungen enthalten, samt Anhang und Protokollen Nr. 1 und 2 sowie der Erklärung zur Auslegung des im Abkommen verwendeten Begriffs „Vertragsparteien", welches also lautet:

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH EINERSEITS UND DEN MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL UND DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL ANDERERSEITS

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

einerseits,

DAS KÖNIGREICH BELGIEN,
DAS KÖNIGREICH DÄNEMARK,
DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK,
IRLAND,
DIE ITALIENISCHE REPUBLIK,
DAS GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG,
DAS KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE,
DAS KÖNIGREICH NORWEGEN,
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND,

Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

und DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

andererseits,

IN DER ERWÄGUNG, daß die Republik Österreich und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ein Abkommen über die in die Zuständigkeit dieser Gemeinschaft fallenden Bereiche abschließen,

IM STREBEN nach den gleichen Zielen und in dem Wunsche, für den in die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Bereich gleichartige Lösungen zu finden,

HABEN BESCHLOSSEN, zur Erreichung dieser Ziele und in der Erwägung, daß keine Bestimmung dieses Abkommens dahin ausgelegt werden kann, daß sie die Vertragsparteien von ihren Verpflichtungen aus anderen internationalen Verträgen entbindet, dieses Abkommen zu schließen:

ARTIKEL 1

(1) Dieses Abkommen gilt für die im Anhang angeführten, in die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Erzeugnisse mit Ursprung in der Republik Österreich oder in dieser Gemeinschaft:

(2) Es tritt an die Stelle des am heutigen Tag unterzeichneten Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

ARTIKEL 2

(1) Im Warenverkehr zwischen Österreich und der Gemeinschaft werden keine neuen Einfuhrzölle eingeführt.

(2) Unbeschadet der Zollsenkungen nach Artikel 2 Absatz 2 des am heutigen Tag unterzeichneten Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl werden die Einfuhrzölle schrittweise wie folgt beseitigt:

— Am 1. Januar 1974 wird jeder Zollsatz auf 60% des Ausgangszollsatzes gesenkt;
— die drei weiteren Senkungen um je 20% erfolgen am:
  1. Januar 1975
  1. Januar 1976
  1. Juli 1977.

Im Warenverkehr zwischen Irland und Österreich wird eine erste Zollsenkung am 1. April 1973 durchgeführt, indem jeder Einfuhrzollsatz auf 80% des Ausgangszollsatzes herabgesetzt wird.

ARTIKEL 3

(1) Die Bestimmungen über die schrittweise Beseitigung der Einfuhrzölle gelten auch für die Fiskalzölle.

Die Vertragsparteien können einen Fiskalzoll oder den Fiskalanteil eines Zolles durch eine interne Abgabe ersetzen.

(2) Dänemark, Irland, Norwegen und das Vereinigte Königreich können im Falle einer Anwendung von Artikel 38 der „Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge", die von der Konferenz zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Königreich Dänemark, Irland, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland erstellt und festgelegt wurde, einen Fiskalzoll oder den Fiskalanteil eines solchen Zolles bis zum 1. Januar 1976 beibehalten.

ARTIKEL 4

(1) Für jede Ware gilt als Ausgangszollsatz, von dem die in Artikel 2 und im Protokoll Nr. 1 vorgesehenen, aufeinanderfolgenden Zollsenkungen vorgenommen werden, der am 1. Januar 1972 tatsächlich angewandte Zollsatz.

(2) Die gemäß Artikel 2 und dem Protokoll Nr. 1 errechneten gesenkten Zollsätze werden unter Abrundung bzw. Aufrundung auf die erste Dezimalstelle angewandt.

Soweit nicht die Gemeinschaft den Artikel 39 Absatz 5 der von der Konferenz zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Königreich Dänemark, Irland, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland erstellten und festgelegten „Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge" anwendet, werden Artikel 2 und das Protokoll Nr. 1 hinsichtlich der spezifischen Zölle oder des spezifischen Anteils der gemischten Zölle des irischen Zolltarifs unter Abrundung bzw. Aufrundung auf die vierte Dezimalstelle angewendet.

ARTIKEL 5

(1) Im Warenverkehr zwischen Österreich und der Gemeinschaft werden keine neuen Abgaben mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle eingeführt.

(2) Die ab 1. Januar 1972 im Warenverkehr zwischen Österreich und der Gemeinschaft eingeführten Abgaben mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle werden mit Inkrafttreten dieses Abkommens beseitigt.

Jede Abgabe mit gleicher Wirkung wie ein Einfuhrzoll, deren Satz am 31. Dezember 1972 höher ist als der am 1. Januar 1972 tatsächlich angewandte Satz, wird mit Inkrafttreten dieses Abkommens auf die Höhe dieses Satzes gesenkt.

(3) Unbeschadet der Senkungen nach Artikel 2 Absatz 2 des am heutigen Tag unterzeichneten Interimsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl werden die Abgaben mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle schrittweise wie folgt beseitigt:

— Spätestens am 1. Januar 1974 wird jede Abgabe auf 60% des am 1. Januar 1972 angewandten Satzes herabgesetzt;
— die drei weiteren Senkungen um jeweils 20% erfolgen am:
  1. Januar 1975
  1. Januar 1976
  1. Juli 1977.

Im Warenverkehr zwischen Irland und Österreich wird eine erste Senkung am 1. April 1973 durchgeführt, indem jede Abgabe mit gleicher Wirkung wie Einfuhrzölle auf 80% des Ausgangssatzes herabgesetzt wird.

ARTIKEL 6

Im Warenverkehr zwischen Österreich und der Gemeinschaft werden keine Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung eingeführt.

Die Ausfuhrzölle und die Abgaben gleicher Wirkung werden spätestens am 1. Januar 1974 beseitigt.

ARTIKEL 7

Das Protokoll Nr. 1 legt für bestimmte Waren die Zollregelung und die Modalitäten fest.

ARTIKEL 8

Die Ursprungsregeln, die für das am heutigen Tage unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft festgelegt worden sind, gelten auch für das vorliegende Abkommen.

ARTIKEL 9

Die Vertragspartei, die ihre tatsächlich angewandten Zölle oder Abgaben gleicher Wirkung gegenüber Drittländern, für die die Meistbegünstigungsklausel gilt, zu senken oder ihre Anwendung auszusetzen beabsichtigt, notifiziert diese Senkung oder Aussetzung dem Gemischten Ausschuß spätestens dreißig Tage vor Inkrafttreten, sofern dies möglich ist. Sie nimmt Kenntnis von Bemerkungen der anderen Vertragspartei über Verzerrungen, die aus der Senkung oder Aussetzung entstehen könnten.

ARTIKEL 10

(1) Im Warenverkehr zwischen Österreich und der Gemeinschaft werden keine neuen mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung eingeführt.

(2) Die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen werden am 1. Januar 1973 und die Maßnahmen mit gleicher Wirkung wie mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen spätestens bis zum 1. Januar 1975 beseitigt.

ARTIKEL 11

Ab 1. Juli 1977 erfahren Ursprungserzeugnisse Österreichs bei der Einfuhr in die Gemeinschaft keine günstigere Behandlung, als sich die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft untereinander gewähren.

ARTIKEL 12

Dieses Abkommen ändert weder die Bestimmungen des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl noch die aus diesem Vertrag erwachsenden Befugnisse und Zuständigkeiten.

ARTIKEL 13

Dieses Abkommen steht der Beibehaltung oder Schaffung von Zollunionen, Freihandelszonen oder Grenzverkehrsregelungen nicht entgegen, soweit diese keine Änderung der in diesem Abkommen vorgesehenen Regelung des Warenverkehrs, insbesondere der Bestimmungen über die Ursprungsregeln, bewirken.

ARTIKEL 14

Die Vertragsparteien wenden keine Maßnahmen oder Praktiken interner steuerlicher Art an, die unmittelbar oder mittelbar eine diskriminierende Behandlung der Erzeugnisse einer Vertragspartei und gleichartiger Ursprungserzeugnisse der anderen Vertragspartei bewirken.

Für Waren, die in das Gebiet einer Vertragspartei ausgeführt werden, darf keine Erstattung für inländische Abgaben gewährt werden, die höher ist als die auf diese Waren unmittelbar oder mittelbar erhobenen Abgaben.

ARTIKEL 15

Die mit dem Warenverkehr verbundenen Zahlungen und die Überweisung dieser Beträge nach Österreich oder in den Mitgliedstaat der Gemeinschaft, in dem der Gläubiger seinen Wohnsitz hat, sind keinen Beschränkungen unterworfen.

Die Vertragsparteien wenden keine Devisenbeschränkungen oder verwaltungsmäßigen Beschränkungen betreffend die Gewährung, Rückzahlung und Annahme von kurz- und mittelfristigen Krediten in Verbindung mit Handelsgeschäften an, an denen ein Gebietsansässiger beteiligt ist.

ARTIKEL 16

Dieses Abkommen steht Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen und Tieren oder von Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Vertragsparteien darstellen.

ARTIKEL 17

Dieses Abkommen hindert eine Vertragspartei in keiner Weise daran, Maßnahmen zu treffen,

a) die sie für erforderlich erachtet, um die Preisgabe von Auskünften zu verhindern, die ihren wesentlichen Sicherheitsinteressen widerspricht;
b) die den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder die zu Verteidigungszwecken unerläßliche Forschung, Entwicklung oder Produktion betreffen, sofern diese Maßnahmen die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der nicht eigens für militärische Zwecke bestimmten Waren nicht beeinträchtigen;
c) die sie in Kriegszeiten oder im Falle schwerwiegender internationaler Spannungen als wesentlich für ihre eigene Sicherheit erachtet.

ARTIKEL 18

(1) Die Vertragsparteien enthalten sich aller Maßnahmen, die geeignet sind, die Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens zu gefährden.

(2) Sie treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Abkommen.

Ist eine Vertragspartei der Auffassung, daß die andere Vertragspartei eine Verpflichtung aus diesem Abkommen nicht erfüllt hat, so kann sie gemäß den in Artikel 24 festgelegten Voraussetzungen und Verfahren geeignete Maßnahmen treffen.

ARTIKEL 19

(1) Mit dem guten Funktionieren dieses Abkommens sind unvereinbar, soweit sie geeignet sind, den Warenverkehr zwischen Österreich und der Gemeinschaft zu beeinträchtigen,

i) alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen zwischen Unternehmen, welche eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezüglich

der Produktion und des Warenverkehrs bezwecken oder bewirken;

ii) die mißbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem gesamten Gebiet der Vertragsparteien oder auf einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen;

iii) jede staatliche Beihilfe, die den Wettbewerb durch Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige verfälscht oder zu verfälschen droht.

(2) Ist eine Vertragspartei der Auffassung, daß eine Praktik mit diesem Artikel unvereinbar ist, so kann sie gemäß den in Artikel 24 festgelegten Voraussetzungen und Verfahren geeignete Maßnahmen treffen.

ARTIKEL 20

(1) Die Gemeinschaft dehnt für die unter dieses Abkommen fallenden Waren des Kapitels 73 des Brüsseler Zolltarifschemas die Anwendung des Artikels 60 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Entscheidungen über seine Anwendung auf die Verkäufe durch die ihrem Recht unterliegenden Unternehmen in das Gebiet Österreichs aus; sie gewährleistet zu diesem Zweck eine angemessene Transparenz der Transportpreise für die Lieferungen in das Gebiet Österreichs.

(2) Im Bereich der Preise gewährleistet Österreich, daß die seinem Recht unterliegenden Unternehmen bei ihren Lieferungen der unter dieses Abkommen fallenden Waren des Kapitels 73 des Brüsseler Zolltarifschemas auf dem Gebiet Österreichs und in den Gemeinsamen Markt folgendes beachten:

— das Verbot unlauteren Wettbewerbs
— den Grundsatz der Nichtdiskriminierung
— die Publizität der Preise ab der gewählten Frachtbasis sowie der Verkaufsbedingungen
— die Angleichungsregeln;

Österreich gewährleistet zu diesem Zweck eine angemessene Transparenz der Transportpreise.

Österreich trifft die notwendigen Maßnahmen, um laufend die gleichen Wirkungen zu erreichen, wie sie mit den diesbezüglichen Durchführungsentscheidungen der Gemeinschaft erzielt werden.

Bei Lieferungen in den Gemeinsamen Markt gewährleistet Österreich ferner die Beachtung der Entscheidungen der Gemeinschaft über das Verbot einer Angleichung an Angebote aus bestimmten Drittländern, wobei es den Übergangsbestimmungen betreffend den Beitritt Dänemarks und Norwegens zur Gemeinschaft Rechnung trägt.

Bei Lieferungen nach dem irischen Markt gewährleistet Österreich außerdem die Einhaltung der Übergangsbestimmungen betreffend den Beitritt Irlands zur Gemeinschaft und über die Beschränkung der Angleichungsmöglichkeiten auf diesem Markt.

Die Gemeinschaft hat Österreich eine Zusammenstellung der Entscheidungen zur Durchführung des Artikels 60, der Ad-hoc-Entscheidungen über das Angleichungsverbot sowie die Übergangsbestimmungen betreffend den dänischen, den norwegischen und den irischen Markt mitgeteilt. Sie wird ferner jede etwaige Änderung der genannten Entscheidungen sofort nach ihrer Verabschiedung mitteilen.

(3) Wenn die Angebote österreichischer Unternehmen das gute Funktionieren des Marktes der Gemeinschaft beeinträchtigen oder zu beeinträchtigen drohen oder wenn die Angebote von der Gemeinschaft zugehörigen Unternehmen das gute Funktionieren des österreichischen Marktes beeinträchtigen oder zu beeinträchtigen drohen und wenn diese Beeinträchtigung auf eine abweichende Anwendung der gemäß den Absätzen 1 und 2 aufgestellten Regeln oder auf eine Verletzung dieser Regeln durch die betreffenden Unternehmen zurückzuführen ist, kann die betroffene Vertragspartei gemäß den in Artikel 24 festgelegten Voraussetzungen und Verfahren geeignete Maßnahmen ergreifen.

ARTIKEL 21

Wenn die Erhöhung der Einfuhren einer bestimmten Ware einen Produktionszweig im Gebiet einer Vertragspartei schwerwiegend schädigt oder zu schädigen droht und wenn diese Erhöhung zurückzuführen ist

— auf die in diesem Abkommen vorgesehene Senkung oder Beseitigung der Zölle und Abgaben gleicher Wirkung für diese Ware im Gebiet der einführenden Vertragspartei
— und auf die Tatsache, daß die von der ausführenden Vertragspartei erhobenen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung auf die Einfuhren von zur Herstellung der betreffenden Ware verwendeten Rohstoffen oder Zwischenerzeugnissen erheblich niedriger sind als die entsprechenden Zölle und Abgaben, die von der einführenden Vertragspartei erhoben werden,

kann die betroffene Vertragspartei gemäß den in Artikel 24 festgelegten Voraussetzungen und Verfahren geeignete Maßnahmen treffen.

ARTIKEL 22

Stellt eine der Vertragsparteien in ihren Beziehungen zu der anderen Vertragspartei Dumping-Praktiken fest, so kann sie gemäß den in Artikel 24 festgelegten Voraussetzungen und Verfahren im Einklang mit den Bestimmungen des Übereinkommens über die Durchführung von Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und Han-

delsabkommens geeignete Maßnahmen gegen diese Praktiken treffen.

ARTIKEL 23

Bei ernsten Störungen in einem Wirtschaftszweig oder bei Schwierigkeiten, die regional zu einer schwerwiegenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führen können, kann die betroffene Vertragspartei gemäß den in Artikel 24 festgelegten Voraussetzungen und Verfahren geeignete Maßnahmen treffen.

ARTIKEL 24

(1) Legt eine Vertragspartei für die Einfuhr von Waren, die die in den Artikeln 21 und 23 genannten Schwierigkeiten hervorrufen kann, ein Verwaltungsverfahren fest, um schnell Informationen über die Entwicklung der Handelsströme zu erhalten, so teilt sie dies der anderen Vertragspartei mit.

(2) Die betroffene Vertragspartei stellt in den Fällen der Artikel 18 bis 23 dieses Abkommens vor Ergreifen der darin vorgesehenen Maßnahmen, in den Fällen des Absatzes 3 Buchstabe e so schnell wie möglich dem Gemischten Ausschuß alle zweckdienlichen Angaben zur Verfügung, um eine gründliche Prüfung der Lage im Hinblick auf eine für die Vertragsparteien annehmbare Lösung zu ermöglichen.

Mit Vorrang sind die Maßnahmen zu treffen, die das Funktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Die Schutzmaßnahmen werden dem Gemischten Ausschuß unverzüglich notifiziert und sind dort, insbesondere im Hinblick auf ihre möglichst baldige Aufhebung, Gegenstand regelmäßiger Konsultationen.

(3) Zur Durchführung des Absatzes 2 gilt folgendes:

a) Bezüglich des Artikels 19 kann jede Vertragspartei den Gemischten Ausschuß befassen, falls ihrer Ansicht nach eine bestimmte Praktik mit dem guten Funktionieren dieses Abkommens im Sinne des Artikels 19 Absatz 1 unvereinbar ist.

Zur Prüfung des Falles und gegebenenfalls zur Beseitigung der beanstandeten Praktik erteilen die Vertragsparteien dem Gemischten Ausschuß alle zweckdienlichen Auskünfte und leisten die erforderliche Hilfe.

Hat die betreffende Vertragspartei innerhalb der im Gemischten Ausschuß festgesetzten Frist den beanstandeten Maßnahmen nicht ein Ende gesetzt oder kommt innerhalb von drei Monaten nach Befassung des Gemischten Ausschusses in diesem keine Einigung zustande, so kann die betroffene Vertragspartei die von ihr für erforderlich erachteten Schutzmaßnahmen treffen, um die aus den genannten Praktiken entstehenden ernsten Schwierigkeiten zu beheben; sie kann insbesondere Zollzugeständnisse zurückziehen.

b) Bezüglich des Artikels 20 teilen die Vertragsparteien dem Gemischten Ausschuß im Hinblick auf eine Prüfung des Falles sowie, gegebenenfalls, eine angemessene Sanktion wegen der beanstandeten Praktik alle zweckdienlichen Auskünfte mit; sie leisten die erforderliche Hilfe.

Kommt im Gemischten Ausschuß keine Einigung zustande oder werden keine ausreichenden Sanktionen gegen das schuldige Unternehmen verhängt, so kann die betroffene Vertragspartei die von ihr für erforderlich erachteten Maßnahmen treffen, um die aus der abweichenden Anwendung oder aus der Verletzung der Regeln erwachsenden Schwierigkeiten und die Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung zu beheben. Diese Maßnahmen können insbesondere darin bestehen, daß Zollzugeständnisse zurückgezogen werden und daß man die betroffenen Unternehmen von der Verpflichtung entbindet, bei ihren Geschäften auf dem Markt der anderen Vertragspartei die Preisregeln einzuhalten.

Die Schutzmaßnahmen werden dem Gemischten Ausschuß unverzüglich notifiziert und sind dort, insbesondere im Hinblick auf ihre möglichst baldige Aufhebung, Gegenstand regelmäßiger Konsultationen.

In Dringlichkeitsfällen kann die betroffene Vertragspartei die andere Vertragspartei unmittelbar auffordern,

— der beanstandeten Praktik unverzüglich ein Ende zu setzen,
— ein Verfahren zur Verhängung von Sanktionen gegen das schuldige Unternehmen einzuleiten.

Ist die betroffene Vertragspartei der Ansicht, die Angelegenheit sei nicht zu ihrer Zufriedenheit geregelt worden, dann setzt sie das vorgesehene Verfahren im Gemischten Ausschuß in Gang.

c) Bezüglich des Artikels 21 werden die Schwierigkeiten, die sich aus der dort beschriebenen Lage ergeben, dem Gemischten Ausschuß zur Prüfung notifiziert; dieser kann alle zweckdienlichen Beschlüsse zu ihrer Behebung fassen.

Hat der Gemischte Ausschuß oder die ausführende Vertragspartei innerhalb von dreißig Tagen nach der Notifizierung kei-

nen Beschluß zur Behebung der Schwierigkeiten gefaßt, so ist die einführende Vertragspartei berechtigt, auf die eingeführte Ware eine Ausgleichsabgabe zu erheben.

Bei der Berechnung dieser Ausgleichsabgabe wird die Inzidenz der für die verarbeiteten Rohstoffe oder Zwischenprodukte festgestellten Zolldisparitäten auf den Wert der betreffenden Ware zugrunde gelegt.

d) Bezüglich des Artikels 22 findet im Gemischten Ausschuß eine Konsultation statt, bevor die betreffende Vertragspartei geeignete Maßnahmen trifft.

e) Schließen außergewöhnliche Umstände, die ein sofortiges Eingreifen erforderlich machen, eine vorherige Prüfung aus, so kann die betroffene Vertragspartei in den Fällen der Artikel 21, 22 und 23 sowie im Falle von Ausfuhrbeihilfen, die eine unmittelbare und sofortige Auswirkung auf den Warenverkehr haben, unverzüglich die zur Abhilfe unbedingt erforderlichen Sicherungsmaßnahmen treffen.

ARTIKEL 25

Bei bereits eingetretenen oder bei ernstlich drohenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten Österreichs oder eines oder mehrerer Mitgliedstaaten der Gemeinschaft kann die betroffene Vertragspartei die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen. Sie unterrichtet hiervon unverzüglich die andere Vertragspartei.

ARTIKEL 26

(1) Es wird ein Gemischter Ausschuß eingesetzt, der mit der Durchführung dieses Abkommens beauftragt ist und für dessen ordnungsgemäße Erfüllung sorgt. Zu diesem Zweck spricht er Empfehlungen aus. Er faßt Beschlüsse in den in diesem Abkommen vorgesehenen Fällen. Die Vertragsparteien führen diese Beschlüsse nach ihren eigenen Bestimmungen durch.

(2) Zur guten Durchführung dieses Abkommens tauschen die Vertragsparteien Informationen aus und führen auf Antrag einer Vertragspartei im Gemischten Ausschuß Konsultationen durch.

(3) Der Gemischte Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

ARTIKEL 27

(1) Der Gemischte Ausschuß besteht aus Vertretern der Vertragsparteien.

(2) Der Gemischte Ausschuß äußert sich im gegenseitigen Einvernehmen.

ARTIKEL 28

(1) Der Vorsitz im Gemischten Ausschuß wird von den Vertragsparteien abwechselnd nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Ausschusses wahrgenommen.

(2) Der Gemischte Ausschuß tritt mindestens einmal jährlich auf Veranlassung seines Präsidenten zu einer Prüfung des allgemeinen Funktionierens dieses Abkommens zusammen.

Er tritt ferner auf Antrag einer Vertragspartei nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung zusammen, so oft dies erforderlich ist.

(3) Der Gemischte Ausschuß kann die Einsetzung von Arbeitsgruppen beschließen, die ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen.

ARTIKEL 29

(1) Ist eine Vertragspartei der Auffassung, daß der Ausbau der durch dieses Abkommen geschaffenen Beziehungen durch ihre Ausdehnung auf Bereiche, die nicht unter dieses Abkommen fallen, im Interesse der Volkswirtschaften der Vertragsparteien nützlich wäre, so unterbreitet sie der anderen Partei einen Antrag mit Begründung.

Die Vertragsparteien können dem Gemischten Ausschuß die Prüfung dieses Antrages und gegebenenfalls die Ausarbeitung von Empfehlungen, insbesondere zur Einleitung von Verhandlungen, übertragen.

(2) Die Übereinkünfte, die aus den in Absatz 1 genannten Verhandlungen hervorgehen, bedürfen der Ratifizierung oder Genehmigung durch die Vertragsparteien nach ihren eigenen Verfahren.

ARTIKEL 30

Der Anhang und die Protokolle, die diesem Abkommen beigefügt sind, sind Bestandteil des Abkommens.

ARTIKEL 31

Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen durch Notifizierung an die andere Vertragspartei kündigen. Dieses Abkommen tritt zwölf Monate nach dem Zeitpunkt dieser Notifizierung außer Kraft.

ARTIKEL 32

Dieses Abkommen gilt einerseits für das Gebiet der Republik Österreich und andererseits für die Gebiete, in denen der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nach Maßgabe dieses Vertrages anwendbar ist.

ARTIKEL 33

Dieses Abkommen ist in zwei Urschriften abgefaßt, jede in dänischer, deutscher, englischer, französischer, italienischer, niederländischer und norwegischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dieses Abkommen bedarf der Zustimmung durch die Vertragsparteien gemäß ihren eigenen Verfahren.

Es tritt am 1. Januar 1973 in Kraft, sofern die Vertragsparteien einander vor diesem Zeitpunkt den Abschluß der dafür erforderlichen Verfahren notifiziert haben.

Falls Artikel 2 Absatz 3 des Beschlusses des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 22. Januar 1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Anwendung findet, kann dieses Abkommen nur für diejenigen Staaten in Kraft treten, die die in dem angeführten Absatz genannten Hinterlegungen vorgenommen haben.

Erfolgt die Notifizierung nach dem 1. Januar 1973, so tritt dieses Abkommen am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, der auf die in Absatz 3 genannte Notifizierung folgt. Spätester Termin für die Notifizierung ist der 30. November 1973.

Die ab 1. April 1973 anwendbaren Bestimmungen treten gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft, wenn das Abkommen nach diesem Zeitpunkt in Kraft tritt.

Geschehen zu Brüssel am zweiundzwanzigsten Juli neunzehnhundertzweiundsiebzig.

Für die Republik Österreich:

Kreisky m. p.
Staribacher m. p.

Pour le Royaume de Belgique:
Voor het Koninkrijk België:

Harmel m. p.

På Kongeriget Danmarks vegne:

Gundelach m. p.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

von Braun m. p.

Pour la République française:

Schumann m. p.

For Ireland:

Kennan m. p.

Per la Repubblica italiana:

Medici m. p.

Pour le Grand-Duché de Luxembourg:

Thorn m. p.

Voor het Koninkrijk der Nederlanden:

Westerterp m. p.

For Kongeriket Norge:

Cappelen m. p.

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Rippon m. p.

På Kommissionen for De europæiske Fællesskabers vegne:
Im Namen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
In the name of the Commission of the European Communities:
Au nom de la Commission des Communautés européennes:
A nome della Commissione delle Comunità Europee:
Namens de Commissie der Europese Gemeenschappen:
For Kommisjonen for De Europeiske Fellesskap:

Deniau m. p.
Wellenstein m. p.

ANHANG

Liste der in Artikel 1 des Abkommens genannten Erzeugnisse

Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	Warenbezeichnung
26.01	Metallurgische Erze, auch angereichert; Schwefelkiesabbrände: A. Eisenerze und Schwefelkiesabbrände: II. andere B. Manganerze, einschließlich manganhaltige Eisenerze mit einem Gehalt an Mangan von 20 Gewichtshundertteilen oder mehr
26.02	Schlacken, Zunder und andere Abfälle der Eisen- und Stahlherstellung: A. Hochofenstaub (Gichtstaub)
27.01	Steinkohle; Steinkohlenbriketts und ähnliche aus Steinkohle gewonnene feste Brennstoffe
27.02	Braunkohle, auch agglomeriert
27.04	Koks und Schwelkoks, aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf: A. aus Steinkohle: II. andere B. aus Braunkohle
73.01	Roheisen (einschließlich Spiegeleisen) in Barren, Masseln, Flossen oder dergleichen, auch in formlosen Stücken
73.02	Ferrolegierungen: A. Ferromangan: I. mit einem Gehalt an Kohlenstoff von mehr als 2 Gewichtshundertteilen (hochgekohltes Ferromangan)
73.03	Bearbeitungsabfälle und Schrott, von Eisen oder Stahl
73.05	Eisenpulver und Stahlpulver; Eisenschwamm und Stahlschwamm: B. Eisenschwamm und Stahlschwamm
73.06	Rohluppen, Rohschienen, Rohblöcke (Ingots), auch formlose Stücke, aus Eisen oder Stahl
73.07	Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen und Platinen, aus Stahl; Stahl, nur vor geschmiedet oder gehämmert (Schmiedehalbzeug): A. Vorblöcke (Blooms) und Knüppel: I. gewalzt B. Brammen und Platinen: I. gewalzt
73.08	Warmbreitband aus Stahl, in Rollen
73.09	Breitflachstahl
73.10	Stabstahl, warm gewalzt, warm stranggepreßt oder geschmiedet (einschließlich Walzdraht); Stabstahl, kalt hergestellt oder kalt fertiggestellt; Hohlbohrerstäbe aus Stahl für den Bergbau: A. nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt D. plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen): I. nur plattiert: a) warm gewalzt oder warm stranggepreßt

Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	Warenbezeichnung
73.11	Profile aus Stahl, warm gewalzt, warm stranggepreßt, geschmiedet, kalt hergestellt oder kalt fertiggestellt; Spundwandstahl, auch gelocht oder aus zusammengesetzten Elementen hergestellt: A. Profile: I. nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt IV. plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen): a) nur plattiert: 1. warm gewalzt oder warm stranggepreßt B. Spundwandstahl
73.12	Bandstahl, warm oder kalt gewalzt: A. nur warm gewalzt B. nur kalt gewalzt: I. in Rollen, zum Herstellen von Weißband (a) C. plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung: III. verzinnt: a) Weißband V. anderer (z. B. verkupfert, künstlich oxidiert, lackiert, vernickelt, verniert, plattiert, parkerisiert, bedruckt): a) nur plattiert: 1. warm gewalzt
73.13	Bleche aus Stahl, warm oder kalt gewalzt: A. Elektrobleche B. andere Bleche: I. nur warm gewalzt II. nur kalt gewalzt, mit einer Dicke: b) von mehr als 1 mm, jedoch weniger als 3 mm c) von 1 mm oder weniger III. nur glänzend gemacht, poliert oder hochglanzpoliert IV. plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung: b) verzinnt: 1. Weißblech 2. andere c) verzinkt oder verbleit d) andere (z. B. verkupfert, künstlich oxidiert, lackiert, vernickelt, verniert, plattiert, parkerisiert, bedruckt) V. anders bearbeitet: a) nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten: 2. andere
73.15	Legierter Stahl und Qualitätskohlenstoffstahl, in den in den Tarifnummern 73.06 bis 73.14 aufgeführten Formen: A. Qualitätskohlenstoffstahl: I. Rohblöcke (Ingots), Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen, Platinen: b) andere III. Warmbreitband in Rollen IV. Breitflachstahl V. Stabstahl (einschließlich Walzdraht und Hohlbohrerstäbe für den Bergbau) und Profile: b) nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt d) plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen): 1. nur plattiert: aa) warm gewalzt oder warm stranggepreßt

(a) Die Zulassung zu diesem Absatz unterliegt den von den zuständigen Behörden festzusetzenden Voraussetzungen.

Nummer des Brüsseler Zolltarifschemas	Warenbezeichnung
73.15 (Fortsetzung)	VI. Bandstahl: a) nur warm gewalzt c) plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung: 1. nur plattiert: aa) warm gewalzt VII. Bleche: a) nur warm gewalzt b) nur kalt gewalzt, mit einer Dicke: 2. von weniger als 3 mm c) plattiert, überzogen, poliert oder mit anderer Oberflächenbearbeitung d) anders bearbeitet: 1. nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten B. Legierter Stahl: I. Rohblöcke (Ingots), Vorblöcke (Blooms), Knüppel, Brammen, Platinen: b) andere III. Warmbreitband in Rollen IV. Breitflachstahl V. Stabstahl (einschließlich Walzdraht und Hohlbohrerstäbe für den Bergbau) und Profile: b) nur warm gewalzt oder nur warm stranggepreßt d) plattiert oder mit Oberflächenbearbeitung (z. B. poliert, überzogen): 1. nur plattiert: aa) warm gewalzt oder warm stranggepreßt VI. Bandstahl: a) nur warm gewalzt c) plattiert, überzogen oder mit anderer Oberflächenbearbeitung: 1. nur plattiert: aa) gewalzt VII. Bleche: a) Elektrobleche b) andere Bleche: 1. nur warm gewalzt 2. nur kalt gewalzt, mit einer Dicke: bb) von weniger als 3 mm 3. plattiert, überzogen, poliert oder mit anderer Oberflächenbearbeitung 4. anders bearbeitet: aa) nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten
73.16	Oberbaumaterial für Bahnen, aus Eisen oder Stahl: Schienen, Leitschienen, Weichenzungen, Herzstücke, Kreuzungen, Weichen, Zungenverbindungsstangen, Zahnstangen, Bahnschwellen, Laschen, Schienenstühle und Winkel, Unterlagsplatten, Klemmplatten, Spurplatten und Spurstangen und anderes speziell für das Verlegen, Zusammenfügen oder Befestigen von Schienen hergestelltes Material: A. Schienen: II. andere B. Leitschienen C. Bahnschwellen D. Laschen und Unterlagsplatten: I. gewalzt

PROTOKOLL NR. 1

betreffend die Regelung für bestimmte Erzeugnisse

ABSCHNITT A

Regelung für die Einfuhr bestimmter Ursprungserzeugnisse Österreichs in die Gemeinschaft

Artikel 1

(1) Unbeschadet der Zollsenkungen nach Artikel 1 des Protokolls des am heutigen Tag unterzeichneten Interimsankommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Republik Österreich werden die Zölle für die Einfuhr der in Absatz 2 angeführten Waren in die Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und nach Irland schrittweise wie folgt beseitigt:

Zeitplan	Anwendbarer Prozentsatz der Ausgangszollsätze
1. Januar 1974	90
1. Januar 1975	85
1. Januar 1976	75
1. Januar 1977	60
1. Januar 1978	40
1. Januar 1979	20
1. Januar 1980	0

Irland senkt seine Einfuhrzölle am 1. April 1973 auf 95% der anwendbaren Ausgangszollsätze.

(2) Bei den in Absatz 1 genannten Waren handelt es sich um:

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifes	Warenbezeichnung
ex 73.15	Legierter Stahl und Qualitätskohlenstoffstahl, in den in den Tarifnrn. 73.06 bis 73.14 aufgeführten Formen, ausgenommen die unter den EWG-Vertrag fallenden Erzeugnisse

Artikel 2

Für die Einfuhren der Waren, auf die die in Artikel 1 vorgesehene Zollregelung angewendet wird, gelten jährliche Richtplafonds; bei Überschreitung dieser Plafonds können die für Drittländer geltenden Zollsätze gemäß den nachstehenden Bestimmungen wieder angewendet werden:

a) Unbeschadet der Möglichkeit für die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten, die Anwendung der Plafonds bei bestimmten Waren auszusetzen, werden die für 1973 festgesetzten Plafonds im Anhang C des Protokolls Nr. 1 des am heutigen Tag unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich angeführt. Ab 1. Januar 1974 werden die Plafonds jährlich um 5% erhöht.

Für Waren, die unter dieses Protokoll fallen und nicht im Anhang C angeführt sind, behalten sich die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Möglichkeit vor, Plafonds in Höhe des um 5% erhöhten Durchschnitts der Einfuhren der Gemeinschaft in den letzten vier Jahren, für die Statistiken vorliegen, festzusetzen; für die darauffolgenden Jahre werden diese Plafonds jährlich um 5% erhöht.

b) Liegen die Einfuhren einer Ware, für die ein Plafond festgesetzt ist, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unter 90% der festgesetzten Höhe, so setzen die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Anwendung dieses Plafonds aus.

c) Für den Fall konjunktureller Schwierigkeiten behalten sich die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Möglichkeit vor, nach Konsultationen im Gemischten Ausschuß die für das laufende Jahr festgesetzte Höhe für ein weiteres Jahr beizubehalten.

d) Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten übermitteln dem Gemischten Ausschuß am 1. Dezember jedes Jahres die Liste der Waren, für die sie für das folgende Jahr Plafonds festgesetzt haben, und die jeweilige Höhe dieser Plafonds.

e) Sobald der Plafond für die Einfuhr einer unter dieses Protokoll fallenden Ware erreicht ist, können abweichend von Artikel 2 des Abkommens und Artikel 1 dieses Protokolls bei der Einfuhr der betreffenden Ware die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs bis zum Ende des Kalenderjahres wieder angewendet werden.

In diesem Fall wird bis zum 1. Juli 1977 wie folgt verfahren:

— Dänemark, Norwegen und das Vereinigte Königreich wenden die nachstehenden Zollsätze wieder an:

Jahr	Anwendbarer Prozentsatz der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs
1973	0
1974	40
1975	60
1976	80

— Irland wendet die gegenüber Drittländern geltenden Zollsätze wieder an.

Die Zollsätze nach Artikel 1 dieses Protokolls werden am 1. Januar des darauffolgenden Jahres wieder eingeführt.

f) Nach dem 1. Juli 1977 prüfen die Vertragsparteien im Gemischten Ausschuß die Möglichkeit, entsprechend der Entwicklung des Verbrauchs und der Einfuhren in die Gemeinschaft sowie den bei der Anwendung dieses Artikels gewonnenen Erfahrungen die Erhöhungssätze der Plafonds zu ändern.

g) Nach Ablauf der Frist für den Zollabbau gemäß Artikel 1 dieses Protokolls werden die Plafonds abgeschafft.

ABSCHNITT B

Regelung für die Einfuhr bestimmter Ursprungserzeugnisse der Gemeinschaft nach Österreich

Artikel 3

(1) Unbeschadet der Zollsenkungen nach Artikel 2 des Protokolls des am heutigen Tag unterzeichneten Interimsabkommens zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Republik Österreich werden die österreichischen Einfuhrzölle für Erzeugnisse mit Ursprung in der Gemeinschaft in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung und in Irland, die in Absatz 2 angeführt werden, schrittweise wie folgt beseitigt:

Zeitplan	Anwendbarer Prozentsatz der Ausgangszollsätze
1. April 1973	90
1. Januar 1974	80
1. Januar 1975	70
1. Januar 1976	70
1. Januar 1977	60
1. Januar 1978	40
1. Januar 1979	20
1. Januar 1980	0

(2) Bei den in Absatz 1 genannten Waren handelt es sich um:

Nummer des österreichischen Zolltarifs	Warenbezeichnung
ex 73.15	Qualitätskohlenstoffstahl und legierter Stahl, in den in den Tarifnrn. 73.06 bis 73.14 angeführten Formen, ausgenommen die unter den EWG-Vertrag fallenden Erzeugnisse

Artikel 4

Für die Einfuhren der Waren, auf die die in Artikel 3 vorgesehene Zollregelung angewendet wird, gelten jährliche Richtplafonds; bei Überschreitung dieser Plafonds können die für Drittländer geltenden Zollsätze gemäß den nachstehenden Bestimmungen wieder angewendet werden:

a) Unbeschadet der Möglichkeit für Österreich, die Anwendung der Plafonds bei bestimmten Waren auszusetzen, sind die für 1973 festgesetzten Plafonds im Anhang G des Protokolls Nr. 1 des am heutigen Tag unterzeichneten Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich angeführt. Ab 1. Januar 1974 werden die Plafonds jährlich um 5% erhöht.

Für Waren, die unter dieses Protokoll fallen und nicht im Anhang G angeführt sind, behält sich Österreich die Möglichkeit vor, Plafonds in Höhe des um 5% erhöhten Durchschnitts der Einfuhren Österreichs in den letzten vier Jahren, für die Statistiken vorliegen, festzusetzen; für die darauffolgenden Jahre werden diese Plafonds jährlich um 5% erhöht.

b) Liegen die Einfuhren einer Ware, für die ein Plafond festgesetzt ist, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unter 90% der festgesetzten Höhe, so setzt Österreich die Anwendung dieses Plafonds aus.

c) Für den Fall konjunktureller Schwierigkeiten behält sich Österreich die Möglichkeit vor, nach Konsultationen im Gemischren Ausschuß die für das laufende Jahr festgesetzte Höhe für ein weiteres Jahr beizubehalten.

d) Österreich übermittelt dem Gemischten Ausschuß jedes Jahr die Liste der Waren, für die es Plafonds festgesetzt hat, und die jeweilige Höhe dieser Plafonds.

e) Sobald der Plafond für die Einfuhr einer unter dieses Protokoll fallenden Ware erreicht ist, können abweichend von Artikel 2 des Abkommens und Artikel 3 dieses Protokolls bei der Einfuhr der betreffenden Ware die Zollsätze des österreichischen Zolltarifs bis zum Ende des Kalenderjahres wieder angewendet werden.

In diesem Fall wendet Österreich auf Einfuhren aus Dänemark, Norwegen und dem Vereinigten Königreich vor dem 1. Juli 1977 folgende Zollsätze wieder an:

Jahr	Anwendbarer Prozentsatz der Zollsätze des österreichischen Zolltarifs
1973	0
1974	40
1975	60
1976	80

Die Zollsätze nach Artikel 3 dieses Protokolls werden am 1. Januar des darauffolgenden Jahres wieder eingeführt.

f) Nach dem 1. Juli 1977 prüfen die Vertragsparteien im Gemischten Ausschuß die Möglichkeit, entsprechend der Entwicklung des Verbrauchs und der Einfuhren nach Österreich sowie den bei der Anwendung dieses Artikels gewonnenen Erfahrungen die Erhöhungssätze der Plafonds zu ändern.

g) Nach Ablauf der Frist für den Zollabbau gemäß Artikel 3 dieses Protokolls werden die Plafonds abgeschafft.

PROTOKOLL NR. 2

über die mengenmäßigen Beschränkungen, die Österreich beibehalten kann

1. Abweichend von Artikel 10 des Abkommens kann Österreich mengenmäßige Beschränkungen für nachstehende Waren beibehalten:

Nummer des österreichischen Zolltarifs	Warenbezeichnung
27.02	Braunkohle und Braunkohlenbriketts

2. Die mengenmäßigen Beschränkungen, die Österreich gemäß Absatz 1 dieses Protokolls für die in Absatz 1 genannten Waren beibehalten kann, werden so angewandt, daß sich die Exporteure der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der normalen Entwicklung des Handels mit anderen Lieferanten unter gleichen und gerechten Wettbewerbsbedingungen in angemessenem Umfang am österreichischen Markt beteiligen können.

ERKLÄRUNG

Erklärung zur Auslegung des im Abkommen verwendeten Begriffs „Vertragsparteien"

Die Vertragsparteien kommen überein, das Abkommen dahingehend auszulegen, daß der darin verwendete Begriff „Vertragsparteien" einerseits die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten oder lediglich die Mitgliedstaaten beziehungsweise die Gemeinschaft und andererseits Österreich bezeichnet. Die Auslegung dieses Begriffs ergibt sich jeweils aus den betreffenden Bestimmungen des Abkommens sowie aus den entsprechenden Bestimmungen des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

ACCORD

ENTRE LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE, D'UNE PART, ET LES ETATS MEMBRES DE LA COMMUNAUTE EUROPEENNE DU CHARBON ET DE L'ACIER ET LA COMMUNAUTE EUROPEENNE DU CHARBON ET DE L'ACIER, D'AUTRE PART

LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE,

d'une part,

LE ROYAUME DE BELGIQUE,

LE ROYAUME DE DANEMARK,

LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE,

LA REPUBLIQUE FRANCAISE,

L'IRLANDE,

LA REPUBLIQUE ITALIENNE,

LE GRAND-DUCHE DE LUXEMBOURG,

LE ROYAUME DES PAYS-BAS,

LE ROYAUME DE NORVEGE,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD,

Etats membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier,

et LA COMMUNAUTE EUROPEENNE DU CHARBON ET DE L'ACIER,

d'autre part,

CONSIDERANT que la République d'Autriche et la Communauté économique européenne concluent un accord concernant les secteurs relevant de cette Communauté,

POURSUIVANT les mêmes objectifs et désireux de trouver pour le secteur relevant de la Communauté européenne du charbon et de l'acier des solutions analogues,

ONT DECIDE, dans la poursuite de ces objectifs et considérant qu'aucune disposition du présent accord ne peut être interprétée comme exemptant les Parties contractantes des obligations qui leur incombent en vertu d'autres accords internationaux, de conclure le present accord:

ARTICLE 1

1. Le présent accord s'applique aux produits relevant de la Communauté européenne du charbon et de l'acier figurant à l'annexe, originaires de la République d'Autriche et de cette Communauté.

2. Il se substitue à l'accord intérimaire entre la République d'Autriche et les Etats membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier signé ce même jour.

ARTICLE 2

1. Aucun nouveau droit de douane à l'importation n'est introduit dans les échanges entre l'Autriche et la Communauté.

2. Sans préjudice des réductions tarifaires effectuées en vertu de l'article 2 paragraphe 2 de l'accord intérimaire entre la République d'Autriche et les Etats membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier, signé ce même jour, les droits de douane à l'importation sont progressivement supprimés selon le rythme suivant:

— le 1er janvier 1974 chaque droit est ramené à 60% du droit de base;
— les trois autres réductions, de 20% chacune, sont effectuées:
  le 1er janvier 1975
  le 1er janvier 1976
  le 1er juillet 1977.

En ce qui concerne les échanges entre l'Irlande et l'Autriche, une première réduction est opérée au 1er avril 1973 pour ramener chaque droit de douane à l'importation à 80% du droit de base.

ARTICLE 3

1. Les dispositions portant sur la suppression progressive des droits de douane à l'importation sont applicables aussi aux droits de douane à caractère fiscal.

Les Parties contractantes peuvent remplacer un droit de douane à caractère fiscal ou l'élément fiscal d'un droit de douane par une taxe intérieure.

2. Le Danemark, l'Irlande, la Norvège et le Royaume-Uni peuvent maintenir jusqu'au 1er janvier 1976 un droit de douane à caractère fiscal ou l'élément fiscal d'un droit de douane

en cas d'application de l'article 38 de l'« Acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités » établi et arrêté au sein de la Conférence entre les Communautés européennes et le Royaume de Danemark, l'Irlande, le Royaume de Norvège et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

ARTICLE 4

1. Pour chaque produit, le droit de base sur lequel les réductions successives prévues à l'article 2 et au protocole n° 1 doivent être opérées est le droit effectivement appliqué le 1er janvier 1972.

2. Les droits réduits calculés conformément à l'article 2 et au protocole n° 1 sont appliqués en arrondissant à la première décimale.

Sous réserve de l'application à donner par la Communauté à l'article 39 paragraphe 5 de l'« Acte relatif aux conditions d'adhésion et aux adaptations des traités » établi et arrêté au sein de la Conférence entre les Communautés européennes et le Royaume de Danemark, l'Irlande, le Royaume de Norvège et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, pour les droits spécifiques ou la partie spécifique des droits mixtes du tarif douanier irlandais, l'article 2 et le protocole n° 1 sont appliqués en arrondissant à la quatrième décimale.

ARTICLE 5

1. Aucune nouvelle taxe d'effet équivalant à des droits de douane à l'importation n'est introduite dans les échanges entre l'Autriche et la Communauté.

2. Les taxes d'effet équivalant à des droits de douane à l'importation introduites à partir du 1er janvier 1972 dans les échanges entre l'Autriche et la Communauté sont supprimées à l'entrée en vigueur de l'accord.

Toute taxe d'effet équivalant à un droit de douane à l'importation dont le taux serait, le 31 décembre 1972, supérieur à celui effectivement appliqué le 1er janvier 1972, est ramenée à ce dernier taux à l'entrée en vigueur de l'accord.

3. Sans préjudice des réductions effectuées en vertu de l'article 2, paragraphe 2 de l'accord intérimaire entre la République d'Autriche et les Etats membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier signé ce même jour, les taxes d'effet équivalant à des droits de douane à l'importation sont progressivement supprimées selon le rythme suivant:

— chaque taxe est ramenée, au plus tard le 1er janvier 1974, à 60% du taux appliqué le 1er janvier 1972;

— les trois autres réductions, de 20% chacune, sont effectuées:
  le 1er janvier 1975
  le 1er janvier 1976
  le 1er juillet 1977.

En ce qui concerne les échanges entre l'Irlande et l'Autriche, une première réduction est opérée au 1er avril 1973 pour ramener chaque taxe d'effet équivalant à un droit de douane à l'importation à 80% du droit de base.

ARTICLE 6

Aucun droit de douane à l'exportation ni taxe d'effet equivalent ne sont introduits dans les échanges entre l'Autriche et la Communauté.

Les droits de douane à l'exportation et les taxes d'effet équivalent sont supprimés au plus tard le 1er janvier 1974.

ARTICLE 7

Le protocole n° 1 détermine le régime tarifaire et les modalités applicables à certains produits.

ARTICLE 8

Les dispositions déterminant les règles d'origine pour l'application de l'accord entre la République d'Autriche et la Communauté économique européenne signé ce même jour sont également applicables au présent accord.

ARTICLE 9

La Partie contractante qui envisage de réduire le niveau effectif de ses droits de douane ou taxes d'effet équivalent applicables aux pays tiers bénéficiant de la clause de la nation la plus favorisée, ou d'en suspendre l'application, notifie cette réduction ou cette suspension au Comité mixte trente jours au moins avant son entrée en vigueur, pour autant que cela soit possible. Elle prend acte de toute observation de l'autre Partie contractante quant aux distorsions qui pourraient en résulter.

ARTICLE 10

1. Aucune nouvelle restriction quantitative à l'importation ni mesure d'effet équivalent ne sont introduites dans les échanges entre l'Autriche et la Communauté.

2. Les restrictions quantitatives à l'importation sont supprimées le 1er janvier 1973 et les mesures d'effet équivalant à des restrictions quantitatives le 1er janvier 1975 au plus tard.

ARTICLE 11

A partir du 1er juillet 1977 les produits originaires de l'Autriche ne peuvent bénéficier d'un traitement plus favorable à l'importation dans

la Communauté que celui que les Etats membres de celle-ci s'accordent entre eux.

ARTICLE 12

L'accord ne modifie pas les dispositions du traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier, ni les pouvoirs et compétences découlant des dispositions de ce traité.

ARTICLE 13

L'accord ne fait pas obstacle au maintien ou à l'établissement d'unions douanières, de zones de libre-échange ou de régimes de trafic frontalier, dans la mesure où ceux-ci n'ont pas pour effet de modifier le régime des échanges prévu par l'accord, et notamment les dispositions concernant les règles d'origine.

ARTICLE 14

Les Parties contractantes s'abstiennent de toute mesure ou pratique de nature fiscale interne établissant directement ou indirectement une discrimination entre les produits d'une Partie contractante et les produits similaires originaires de l'autre Partie contractante.

Les produits exportés vers le territoire d'une des Parties contractantes ne peuvent bénéficier de ristourne d'impositions intérieures supérieure aux impositions dont ils ont été frappés directement ou indirectement.

ARTICLE 15

Les paiements afférents aux échanges de marchandises ainsi que le transfert de ces paiements vers l'Autriche ou vers l'Etat membre de la Communauté dans lequel réside le créancier ne sont soumis à aucune restriction.

Les Parties contractantes s'abstiennent de toute restriction de change ou administrative concernant l'octroi, le remboursement et l'acceptation des crédits à court et moyen terme couvrant des transactions commerciales auxquelles participe un résident.

ARTICLE 16

L'accord ne fait pas obstacle aux interdictions ou restrictions d'importation, d'exportation ou de transit justifiées par des raisons de moralité publique, d'ordre public, de sécurité publique, de protection de la santé et de la vie des personnes et des animaux ou de préservation des végétaux, de protection des trésors nationaux ayant une valeur artistique, historique ou archéologique ou de protection de la propriété industrielle et commerciale. Toutefois, ces interdictions ou restrictions ne doivent pas constituer un moyen de discrimination arbitraire, ni une restriction déguisée dans le commerce entre les Parties contractantes.

ARTICLE 17

Aucune disposition de l'accord n'empêche une Partie contractante de prendre les mesures:

a) qu'elle estime nécessaires en vue d'empêcher la divulgation de renseignements contraire aux intérêts essentiels de sa sécurité;
b) qui ont trait au commerce d'armes, de munitions ou de matériel de guerre ou à la recherche, au développement ou à la production indispensables à des fins défensives, à condition que ces mesures n'altèrent pas les conditions de concurrence en ce qui concerne les produits non destinés à des fins spécifiquement militaires;
c) qu'elle estime essentielles à sa sécurité en temps de guerre ou en cas de grave tension internationale.

ARTICLE 18

1. Les Parties contractantes s'abstiennent de toute mesure susceptible de mettre en péril la réalisation des objectifs de l'accord.

2. Elles prennent toutes les mesures générales ou particulières propres à assurer l'exécution des obligations de l'accord.

Si une Partie contractante estime que l'autre Partie contractante a manqué à une obligation de l'accord, elle peut prendre les mesures appropriées dans les conditions et selon les procédures prévues à l'article 24.

ARTICLE 19

1. Sont incompatibles avec le bon fonctionnement de l'accord dans la mesure où ils sont susceptibles d'affecter les échanges entre l'Autriche et la Communauté:

i) tous accords entre entreprises, toutes décisions d'associations d'entreprises et toutes pratiques concertées entre entreprises qui ont pour objet ou effet d'empêcher, de restreindre ou de fausser le jeu de la concurrence en ce qui concerne la production et les échanges de marchandises;
ii) l'exploitation abusive par une ou plusieurs entreprises d'une position dominante sur l'ensemble des territoires des Parties contractantes ou dans une partie substantielle de celui-ci;
iii) toute aide publique qui fausse ou menace de fausser la concurrence en favorisant certaines entreprises ou certaines productions.

2. Si une Partie contractante estime qu'une pratique donnée est incompatible avec le présent article, elle peut prendre les mesures appropriées dans les conditions et selon les procédures prévues à l'article 24.

ARTICLE 20

1. La Communauté étend pour les produits du Chapitre 73 de la Nomenclature de Bruxelles relevant de l'accord l'application de l'article 60 du traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier et de ses décisions d'application aux ventes des entreprises relevant de sa juridiction vers le territoire autrichien tout en assurant à cet effet une transparence adéquate des prix de transport pour les livraisons vers le territoire autrichien.

2. En matière de prix, l'Autriche assure en ce qui concerne les livraisons aussi bien sur le territoire autrichien que vers le Marché commun des produits du Chapitre 73 de la Nomenclature de Bruxelles relevant de l'accord par les entreprises soumises à sa juridiction:

— le respect de l'interdiction d'une concurrence déloyale,
— le respect du principe de non-discrimination,
— la publicité des prix au départ du point de parité choisi et des conditions de vente,
— le respect des règles d'alignement,

tout en assurant à cet effet une transparence adéquate des prix de transport.

L'Autriche prend les mesures nécessaires pour atteindre continuellement les mêmes effets que ceux obtenus par les décisions d'application que prend la Communauté en cette matière.

En ce qui concerne les livraisons vers le Marché commun, l'Autriche assure également le respect des décisions de la Communauté portant interdiction d'alignement sur des offres en provenance de certains pays tiers, en tenant compte des dispositions transitoires relatives à l'adhésion du Danemark et de la Norvège à la Communauté.

En ce qui concerne les livraisons vers le marché irlandais, l'Autriche assure en outre le respect des dispositions transitoires régissant l'adhésion de l'Irlande à la Communauté et portant limitation des possibilités d'alignement sur ce marché.

La Communauté a communiqué à l'Autriche la liste des décisions d'application de l'article 60, des décisions ad hoc concernant l'interdiction d'alignement ainsi que les dispositions transitoires relatives aux marchés danois, norvégien et irlandais. Elle communiquera également toute modification éventuelle des décisions visées ci-dessus dès son adoption.

3. Si les offres faites par des entreprises autrichiennes portent ou menacent de porter un préjudice au bon fonctionnement du marché de la Communauté ou si les offres faites par des entreprises relevant de la Communauté portent ou menacent de porter un préjudice au bon fonctionnement du marché autrichien et si ce préjudice est imputable à une application divergente des règles établies en vertu des paragraphes 1 et 2 ou à une violation de ces règles de la part des entreprises en question, la Partie contractante concernée peut prendre les mesures appropriées dans les conditions et selon les procédures prévues à l'article 24.

ARTICLE 21

Lorsque l'augmentation des importations d'un produit donné provoque ou risque de provoquer un préjudice grave à une activité productrice exercée dans le territoire d'une des Parties contractantes et si cette augmentation est due

— à la réduction, partielle ou totale, dans la Partie contractante importatrice, des droits de douane et taxes d'effet équivalent sur ce produit, prévue à l'accord,
— et au fait que les droits et taxes d'effet équivalent perçus par la Partie contractante exportatrice sur les importations de matières premières ou de produits intermédiaires utilisés dans la fabrication du produit en question, sont sensiblement inférieurs aux droits et impositions correspondants perçus par la Partie contractante importatrice,

la Partie contractante intéressée peut prendre les mesures appropriées dans les conditions et selon les procédures prévues à l'article 24.

ARTICLE 22

Si l'une des Parties contractantes constate des pratiques de dumping dans ses relations avec l'autre Partie contractante, elle peut prendre des mesures appropriées contre ces pratiques, conformément à l'Accord relatif à la mise en œuvre de l'article VI de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce, dans les conditions et selon les procédures prévues à l'article 24.

ARTICLE 23

En cas de perturbations sérieuses dans un secteur de l'activité économique ou de difficultés pouvant se traduire par l'altération grave d'une situation économique régionale, la Partie contractante intéressée peut prendre les mesures appropriées dans les conditions et selon les procédures prévues à l'article 24.

ARTICLE 24

1. Si une Partie contractante soumet les importations de produits susceptibles de provoquer les difficultés auxquelles font référence les articles 21 et 23 à une procédure administrative ayant pour objet de fournir rapidement des renseignements au sujet de l'évolution des courants commerciaux, elle en informe l'autre Partie contractante.

2. Dans les cas visés aux articles 18 à 23, avant de prendre les mesures qui y sont prévues ou dès que possible dans les cas couverts par le paragraphe 3 sous e), la Partie contractante en cause fournit au Comité mixte tous les éléments utiles pour permettre un examen approfondi de la situation, en vue de rechercher une solution acceptable pour les Parties contractantes.

Les mesures qui apportent le moins de perturbation au fonctionnement de l'accord doivent être choisies par priorité.

Les mesures de sauvegarde sont immédiatement notifiées au Comité mixte et font l'objet, au sein de celui-ci de consultations périodiques notamment en vue de leur suppression dès que les conditions le permettent.

3. Pour la mise en œuvre du paragraphe 2, les dispositions suivantes sont applicables:

a) En ce qui concerne l'article 19, chaque Partie contractante peut saisir le Comité mixte si elle estime qu'une pratique donnée est incompatible avec le bon fonctionnement de l'accord au sens de l'article 19 paragraphe 1.

Les Parties contractantes communiquent au Comité mixte tout renseignement utile et lui prêtent l'assistance nécessaire en vue de l'examen du dossier et, le cas échéant, de l'élimination de la pratique incriminée.

A défaut pour la Partie contractante en cause d'avoir mis fin aux pratiques incriminées dans le délai fixé au sein du Comité mixte, ou à défaut d'accord au sein de ce dernier dans un délai de trois mois à compter du jour où il est saisi, la Partie contractante intéressée peut adopter les mesures de sauvegarde qu'elle estime nécessaires pour remédier aux difficultés sérieuses résultant des pratiques visées, notamment procéder à un retrait de concessions tarifaires.

b) En ce qui concerne l'article 20, les Parties contractantes communiquent au Comité mixte tout renseignement utile et lui prêtent l'assistance nécessaire en vue de l'examen du dossier ainsi que, le cas échéant, d'une sanction appropriée de la pratique en question.

A défaut d'accord au sein du Comité mixte ou selon le cas à défaut d'une sanction satisfaisante à l'encontre de l'entreprise fautive, la Partie contractante concernée peut adopter les mesures qu'elle estime nécessaires pour remédier aux difficultés résultant de l'application divergente ou de l'infraction et aux risques de distorsion de concurrence. Ces mesures peuvent consister notamment dans un retrait de concessions tarifaires et dans une libération des entreprises concernées de l'engagement de respecter les règles de prix lors de leurs transactions vers le marché de l'autre Partie contractante.

Les mesures de sauvegarde sont immédiatement notifiées au Comité mixte et font l'objet, au sein de celui-ci, de consultations périodiques, notamment en vue de leur suppression dès que les conditions le permettent.

En cas d'urgence, la Partie contractante concernée peut demander directement à l'autre Partie contractante:

— de mettre fin immédiatement à la pratique incriminée,

— d'engager une procédure de sanction à l'égard de l'entreprise fautive.

Si la Partie contractante concernée n'estime pas l'affaire réglée à sa satisfaction, elle met en œuvre la procédure prévue au sein du Comit mixte.

c) En ce qui concerne l'article 21, les difficultés résultant de la situation visée à cet article sont notifiées pour examen au Comité mixte qui peut prendre toute décision utile pour y mettre fin.

Si le Comité mixte ou la Partie contractante exportatrice n'a pas pris une décision mettant fin aux difficultés dans un délai de trente jours suivant la notification, la Partie contractante importatrice est autorisée à percevoir une taxe compensatoire sur le produit importé.

Cette taxe compensatoire est calculée en fonction de l'incidence sur la valeur des marchandises en cause des disparités tarifaires constatées pour les matières premières ou les produits intermédiaires incorporés.

d) En ce qui concerne l'article 22, une consultation a lieu au sein du Comité mixte avant que la Partie contractante intéressée prenne les mesures appropriées.

e) Lorsque des circonstances exceptionelles nécessitant une intervention immédiate excluent un examen préalable, la Partie contractante intéressée peut, dans les situations visées aux articles 21, 22 et 23, ainsi que dans les cas d'aides à l'exportation ayant une incidence directe et immédiate sur les échanges, appliquer sans délai les mesures conservatoires strictement nécessaires pour remédier à la situation.

ARTICLE 25

En cas de difficultés ou de menace grave de difficultés dans la balance des paiements de l'Autriche ou dans celle d'un ou de plusieurs

Etats membres de la Communauté, la Partie contractante intéressée peut prendre les mesures de sauvegarde nécessaires. Elle en informe sans délai l'autre Partie contractante.

ARTICLE 26

1. Il est institué un Comité mixte qui est chargé de la gestion de l'accord et qui veille à sa bonne exécution. A cet effet, il formule des recommandations. Il prend des décisions dans les cas prévus à l'accord. L'exécution de ces décisions est effectuée par les Parties contractantes selon leurs règles propres.

2. Aux fins de la bonne exécution de l'accord, les Parties contractantes procèdent à des échanges d'informations et, à la demande de l'une d'entre elles, se consultent au sein du Comité mixte.

3. Le Comité mixte établit son règlement intérieur.

ARTICLE 27

1. Le Comité mixte est composé de représentants des Parties contractantes.

2. Le Comité mixte se prononce d'un commun accord.

ARTICLE 28

1. La présidence du Comité mixte est exercée à tour de rôle par chacune des Parties contractantes selon des modalités à prévoir dans son règlement intérieur.

2. Le Comité mixte se réunit au moins une fois par an à l'initiative de son président en vue de procéder à un examen du fonctionnement général de l'accord.

Il se réunit en outre, chaque fois qu'une nécessité particulière le requiert, à la demande de l'une des Parties contractantes, dans des conditions à prévoir dans son règlement intérieur.

3. Le Comité mixte peut décider de constituer tout groupe de travail propre à l'assister dans l'accomplissement de ses tâches.

ARTICLE 29

1. Lorsqu'une Partie contractante estime qu'il serait utile, dans l'intérêt des économies des deux Parties contractantes, de développer les relations établies par l'accord en les étendant à des domaines non couverts par celui-ci, elle soumet à l'autre Partie contractante une demande motivée.

Les Parties contractantes peuvent confier au Comité mixte le soin d'examiner cette demande et de leur formuler, le cas échéant, des recommandations, notamment en vue d'engager des négociations.

2. Les accords résultant des négociations visées au paragraphe 1 sont soumis à ratification ou à approbation par les Parties contractantes selon les procédures qui leur sont propres.

ARTICLE 30

L'annexe et le protocole annexé à l'accord en font partie intégrante.

ARTICLE 31

Chaque Partie contractante peut dénoncer l'accord par notification à l'autre Partie contractante. L'accord cesse d'être en vigueur douze mois après la date de cette notification.

ARTICLE 32

L'accord s'applique, d'une part, au territoire de la République d'Autriche et, d'autre part, aux territoires où le traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier est applicable dans les conditions prévues dans ce traité.

ARTICLE 33

Le présent accord est rédigé en double exemplaire en langues allemande, anglaise, danoise, française, italienne, néerlandaise et norvégienne, chacun de ces textes faisant également foi.

Le présent accord sera approuvé par les Parties contractantes selon les procédures qui leur sont propres.

Il entre en vigueur le 1er janvier 1973, à condition que les Parties contractantes se soient notifié avant cette date l'accomplissement des procédures nécessaires à cet effet.

En cas d'application de l'article 2 troisième alinéa de la décision du Conseil des Communautés européennes du 22 janvier 1972 relative à l'adhésion à la Communauté européenne du charbon et de l'acier du Royaume de Danemark, de l'Irlande, du Royaume de Norvège et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, le présent accord ne peut entrer en vigueur que pour les Etats ayant effectué les dépôts visés par cet alinéa.

Après le 1er janvier 1973, le présent accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la notification visée au troisième alinéa. La date ultime pour cette notification est le 30 novembre 1973.

Les dispositions applicables le 1er avril 1973 sont appliquées à l'entrée en vigueur du présent accord si celle-ci a lieu après cette date.

Fait à Bruxelles, le vingt-deux juillet mil neuf cent soixante-douze:

Für die Republik Österreich:

Kreisky m. p.
Staribacher m. p.

Pour le Royaume de Belgique:
Voor het Koninkrijk België:

Harmel m. p.

På Kongeriget Danmarks vegne:

Gundelach m. p.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

von Braun m. p.

Pour la République française:

Schumann m. p.

For Ireland:

Kennan m. p.

Per la Repubblica italiana:

Medici m. p.

Pour le Grand-Duché de Luxembourg:

Thorn m. p.

Voor het Koninkrijk der Nederlanden:

Westerterp m. p.

For Kongeriket Norge:

Cappelen m. p.

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Rippon m. p.

På Kommissionen for De europæiske Fællesskabers vegne:
Im Namen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
In the name of the Commission of the European Communities:
Au nom de la Commission des Communautés européennes:
A nome della Commissione delle Comunità Europee:
Namens de Commissie der Europese Gemeenschappen:
For Kommisjonen for De Europeiske Fellesskap:

Deniau m. p.
Wellenstein m. p.

ANNEXE

Liste des produits visés à l'article 1 de l'accord

N° de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des marchandises
26.01	Minerais métallurgiques, même enrichis ; pyrites de fer grillées (cendres de pyrites) : A. Minerais de fer et pyrites de fer grillées (cendres de pyrites) : II. autres B. Minerais de manganèse, y compris les minerais de fer manganésifères d'une teneur en maganèse de 20% ou plus en poids
26.02	Scories, laitiers, battitures et autres déchets de la fabrication du fer et de l'acier : A. Poussiers de hauts fourneaux (poussières de gueulard)
27.01	Houilles ; briquettes, boulets et combustibles solides similaires obtenus à partir de la houille
27.02	Lignites et agglomérés
27.04	Cokes et semi-cokes, de houille, de lignite et de tourbe : A. de houille : II. autres B. de lignite
73.01	Fontes (y compris la fonte spiegel) brutes, en lingots, gueuses, saumons ou masses
73.02	Ferro-alliages : A. Ferro-manganèse : I. contenant en poids plus de 2% de carbone (ferro-manganèse carburé)
73.03	Ferrailles, déchets et débris d'ouvrages de fonte, de fer ou d'acier
73.05	Poudres de fer ou d'acier ; fer et acier spongieux (éponge) : B. Fer et acier spongieux (éponge)
73.06	Fer et acier en massiaux, lingots ou masses
73.07	Fer et acier en blooms, billettes, brames et largets ; fer et acier simplement dégrossis par forgeage ou par martelage (ébauches de forge) : A. Blooms et billettes : I. laminés B. Brames et largets : I. laminés
73.08	Ebauches en rouleaux pour tôles, en fer ou en acier
73.09	Larges plats en fer ou en acier
73.10	Barres en fer ou en acier, laminées ou filées à chaud ou forgées (y compris le fil machine) ; barres en fer ou en acier, obtenues ou parachevées à froid ; barres creuses en acier pour le forage des mines : A. simplement laminées ou filées à chaud D. plaquées ou ouvrées à la surface (polies, revêtues, etc.) : I. simplement plaquées : a) laminées ou filées à chaud
73.11	Profilés en fer ou en acier, laminés ou filés à chaud, forgés, ou bien obtenus ou parachevés à froid; palplanches en fer ou en acier, même percées ou faites d'éléments assemblés : A. Profilés : I. simplement laminés ou filés à chaud IV. plaqués ou ouvrés à la surface (polis, revêtus, etc.) : a) simplement plaqués : 1. laminés ou filés à chaud B. Palplanches

N° de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des marchandises
73.12	Feuillards en fer ou en acier, laminés à chaud ou à froid : A. simplement laminés à chaud B. simplement laminés à froid : I. destinés à faire le fer-blanc (présentés en rouleaux) (a) C. plaqués, revêtus ou autrement traités à la surface : III. étamés : a) Fer-blanc V. autres (cuivrés, oxydés artificiellement, laqués, nickelés, vernis, plaqués, parkérisés, imprimés, etc.) : a) simplement plaqués : 1. laminés à chaud
73.13	Tôles de fer ou d'acier, laminées à chaud ou à froid : A. Tôles dites «magnétiques» B. autres tôles : I. simplement laminées à chaud II. simplement laminées à froid, d'une épaisseur : b) de 1 mm exclus à 3 mm exclus c) de 1 mm ou moins III. simplement lustrées, polies ou glacées IV. plaquées, revêtues ou autrement traitées à la surface : b) étamées : 1. Fer-blanc 2. autres c) zinguées ou plombées d) autres (cuivrées, oxydées artifiellement, laquées, nickelées, vernies, plaquées, parkérisées, imprimées, etc.) V. autrement façonnées ou ouvrées : a) simplement découpées de forme autre que carrée ou rectangulaire : 2. autres
73.15	Aciers alliés et acier fin au carbone, sous les formes indiquées aux n°s 73.06 à 73.14 inclus : A. Acier fin au carbone : I. Lingots, blooms, billettes, brames, largets : b) autres III. Ebauches en rouleaux pour tôles IV. Larges plats V. Barres (y compris le fil machine et les barres creuses pour le forage des mines) et profilés : b) simplement laminés ou filés à chaud d) plaqués ou ouvrés à la surface (polis, revêtus, etc.) : 1. simplement plaqués : aa) laminés ou filés à chaud VI. Feuillards : a) simplement laminés à chaud c) plaqués, revêtus ou autrement traités à la surface : 1. simplement plaqués : aa) laminés à chaud VII. Tôles : a) simplement laminées à chaud b) simplement laminées à froid, d'une épaisseur : 2. de moins de 3 mm c) polies, plaquées, revêtues ou autrement traitées à la surface d) autrement façonnées ou ouvrées : 1. simplement découpées de forme autre que carrée ou rectangulaire

(a) L'admission dans cette sous-position est subordonnée aux conditions à déterminer par les autorités compétentes.

N° de la Nomenclature de Bruxelles	Désignation des marchandises
73.15 (suite)	B. Aciers alliés : I. Lingots, blooms, billettes, brames, largets : b) autres III. Ebauches en rouleaux pour tôles IV. Larges plats V. Barres (y compris le fil machine et les barres creuses pour le forage des mines) et profilés : b) simplement laminés ou filés à chaud d) plaqués ou ouvrés à la surface (polis, revêtus, etc.) : 1. simplement plaqués : aa) laminés ou filés à chaud VI. Feuillards : a) simplement laminés à chaud c) plaqués, revêtus ou autrement traités à la surface : 1. simplement plaqués : aa) laminés à chaud VII. Tôles : a) Tôles dites «Magnétiques» b) autres tôles : 1. simplement laminées à chaud 2. simplement laminées à froid, d'une épaisseur : bb) de moins de 3 mm 3. polies, plaquées, revêtues ou autrement traitées à la surface 4. autrement façonnées ou ouvrées : aa) simplement découpées de forme autre que carrée ou rectangulaire
73.16	Eléments de voies ferrées, en fonte, fer ou acier : rails, contre-rails, aiguilles, pointes de cœur, croisements et changements de voies, tringles d'aiguillage, crémaillères, traverses, éclisses, coussinets et coins, selles d'assise, plaques de serrage, plaques et barres d'écartement et autres pièces spécialement conçues pour la pose, le jointement ou la fixation des rails : A. Rails : II. autres B. Contre-rails C. Traverses D. Eclisses et selles d'assise : I. laminées

PROTOCOLE N° 1
Concernant le regime applicable à certains produits

SECTION A

Régime applicable à l'importation dans la Communauté de certains produits originaires de l'Autriche

Article 1er

1. Sans préjudice des réductions tarifaires effectuées en vertu de l'article 1er du protocole de l'accord intérimaire entre les Etats membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier et la République d'Autriche signé ce même jour, les droits de douane à l'importation dans la Communauté dans sa composition originaire et en Irlande des produits figurant au paragraphe 2 sont progressivement ramenés aux niveaux ci-après et selon le rythme suivant:

Calendrier	Pourcentages des droits de base applicables
1er janvier 1974	90
1er janvier 1975	85
1er janvier 1976	75
1er janvier 1977	60
1er janvier 1978	40
1er janvier 1979	20
1er janvier 1980	0

L'Irlande ramène le 1er avril 1973 ses droits se douane à l'importation au niveau de 95% des droits de base applicables.

2. Les produits visés au paragraphe 1 sont les suivants:

N° du tarif douanier commun	Désignation des marchandises
ex 73.15	Aciers alliés et acier fin au carbone, sous les formes indiquées aux n°s 73.06 à 73.14 inclus, à l'exclusion des produits relevant du traité CEE

Article 2

Les importations des produits auxquels s'applique le régime tarifaire prévu à l'article 1er sont soumises à des plafonds indicatifs annuels au-delà desquels les droits de douane applicables à l'égard des pays tiers peuvent être rétablis selon les dispositions ci-après:

a) Compte tenu de la possibilité pour la Communauté et ses Etats membres de surseoir à l'application des plafonds pour certains produits, les plafonds fixés pour l'année 1973 sont repris à l'annexe C du protocole n° 1 de l'accord entre la Communauté économique européenne et la République d'Autriche, signé ce même jour. A partir du 1er janvier 1974 le montant de ces plafonds est augmenté annuellement de 5%.

Pour les produits relevant de ce protocole et non repris dans cette annexe, la Communauté et ses Etats membres se réservent la possibilité d'instituer des plafonds dont le montant sera égal à la moyenne des importations réalisées par la Communauté au cours des quatre dernières années pour lesquelles les statistiques sont disponibles majorée de 5%; les années suivantes, le montant de ces plafonds est augmenté annuellement de 5%.

b) Si au cours de deux années successives les importations d'un produit soumis à plafond sont inférieures à 90% du montant fixé, la Communauté et ses Etats membres surseoient à l'application de ce plafond.

c) En cas de difficultés conjoncturelles, la Communauté et ses Etats membres se réservent la possibilité, après consultations au sein du Comité mixte, de reconduire pour une année le montant fixé pour l'année précédente.

d) La Communauté et ses Etats membres notifient au Comité mixte le 1er décembre de chaque année la liste des produits soumis à plafonds l'année suivante et les montants de ces derniers.

e) Par dérogation à l'article 2 de l'accord et à l'article 1er du présent protocole, dès qu'un plafond fixé pour l'importation d'un produit relevant dudit protocole est atteint, la perception des droits du tarif douanier commun peut être rétablie à l'importation du produit en cause jusqu'à la fin de l'année civile.

Dans ce cas, avant le 1er juillet 1977:

— le Danemark, la Norvège et le Royaume-Uni rétablissent la perception de droits de douane ci-après:

Années	Pourcentages des droits du tarif douanier commun applicables
1973	0
1974	40
1975	60
1976	80

— l'Irlande rétablit la perception des droits applicables aux pays tiers.

Les droits de douane résultant de l'article 1er du présent protocole sont rétablis le 1er janvier suivant.

f) Après le 1er juillet 1977, les Parties contractantes examinent au sein du Comité mixte la possibilité de réviser le pourcentage d'augmentation du montant des plafonds, compte tenu de l'évolution de la consommation et des importations dans la Communauté ainsi que de l'expérience acquise dans l'application de cet article.

g) Les plafonds sont supprimés à l'issue de la période de démobilisation tarifaire prévue dans l'article 1er du présent protocole.

SECTION B

Régime applicable à l'importation en Autriche de certains produits originaires de la Communauté

Article 3

1. Sans préjudice des réductions tarifaires effectuées en vertu de l'article 2 du protocole de l'accord intérimaire entre les Etats membres de la Communauté européenne du charbon et de l'acier et la République d'Autriche signé ce même jour, les droits de douane à l'importation en Autriche des produits originaires de la Communauté dans sa composition originaire et de l'Irlande et figurant au paragraphe 2 sont progressivement ramenés aux niveaux ci-après et selon le rythme suivant:

Calendrier	Pourcentages des droits de base applicables
le 1er avril 1973	90
le 1er janvier 1974	80
le 1er janvier 1975	70
le 1er janvier 1976	70
le 1er janvier 1977	60
le 1er janvier 1978	40
le 1er janvier 1979	20
le 1er janvier 1980	0

2. Les produits visés au paragraphe 1 sont les suivants:

N° du tarif douanier autrichien	Désignation des marchandises
ex 73.15	Aciers alliés et acier fin au carbone, sous les formes indiquées aux n°s 73.06 à 73.14 inclus, à l'exclusion des produits relevant du traité CEE

Article 4

Les importations des produits auxquels s'applique le régime tarifaire prévu à l'article 3 sont soumises à des plafonds indicatifs annuels au-delà desquels les droits de douane applicables à l'égard des pays tiers peuvent être rétablis selon les dispositions ci-après:

a) Compte tenu de la possibilité pour l'Autriche de surseoir à l'application des plafonds pour certains produits, les plafonds fixés pour l'année 1973 sont repris à l'annexe G du protocole n° 1 de l'accord entre la Communauté économique européenne et la République d'Autriche signé ce même jour. A partir du 1er janvier 1974 le montant des ces plafonds est augmenté annuellement de 5%.

Pour les produits relevant de ce protocole et non repris dans cette annexe, l'Autriche se réserve la possibilité d'instituer des plafonds dont le montant sera égal à la moyenne des importations réalisées par l'Autriche au cours des quatre dernières années pour lesquelles les statistiques sont disponibles majorée de 5% ; les années suivantes, le montant de ces plafonds est augmenté annuellement de 5%.

b) Si au cours de deux années successives les importations d'un produit soumis à plafond sont inférieures à 90% du montant fixé, l'Autriche surseoit à l'application de ce plafond.

c) En cas de difficultés conjoncturelles, l'Autriche se réserve la possibilité, après consultations au sein du Comité mixte, de reconduire pour une année le montant fixé pour l'année précédente.

d) L'Autriche notifie chaque année au Comité mixte la liste des produits soumis à plafonds et les montants de ces derniers.

e) Par dérogation à l'article 2 de l'accord et à l'article 3 du présent protocole, dès qu'un plafond fixé pour l'importation d'un produit relevant dudit protocole est atteint, la perception des droits du tarif douanier autrichien peut être rétablie à l'importation du produit en cause jusqu'à la fin de l'année civile.

Dans ce cas, avant le 1er juillet 1977, l'Autriche rétablit la perception de droits de douane ci-après à l'égard du Danemark, de la Norvège et du Royaume-Uni:

Années	Pourcentages des droits du tarif douanier autrichien applicables
1973	0
1974	40
1975	60
1976	80

Les droits de douane résultant de l'article 3 du présent protocole sont rétablis le 1er janvier suivant.

f) Après le 1er juillet 1977, les Parties contractantes examinent au sein du Comité mixte la possibilité de réviser le pourcentage d'augmentation du montant des plafonds, compte tenu de l'évolution de la consommation et des importations en Autriche ainsi que de l'expérience acquise dans l'application de cet article.

g) Les plafonds sont supprimés à l'issue de la période de démobilisation tarifaire prévue à l'article 3 du présent protocole.

PROTOCOLE N° 2

relatif aux restrictions quantitatives que l'Autriche peut maintenir

1. Par dérogation à l'article 10 de l'accord, l'Autriche peut maintenir des restrictions quantitatives en ce qui concerne les produits énumérés ci-après:

N° du tarif douanier autrichien	Désignation des marchandises
27.02	Lignites et agglomérés de lignites

2. Les restrictions quantitatives que l'Autriche peut maintenir conformément au paragraphe 1 du présent protocole sont appliquées de façon à offrir aux exportateurs de la Communauté la possibilité, en ce qui concerne les produits énumérés au paragraphe 1, d'entrer en concurrence, pour une part raisonnable du marché autrichien, avec d'autres fournisseurs à des conditions égales et équitables, compte tenu du développement normal des échanges.

DECLARATION

Déclaration interprétative relative à la définition de la notion de « Parties contractantes » figurant à l'accord

Les Parties contractantes conviennent d'interpréter l'accord en ce sens que l'expression « Parties contractantes », qui figure audit accord, signifie, d'une part, la Communauté et les Etats membres ou uniquement, soit les Etats membres, soit la Communauté et, d'autre part, l'Autriche. Le sens à donner, en chaque cas, à cette expression sera déduit des dispositions en cause de l'accord ainsi que des dispositions correspondantes du traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier.

AGREEMENT

BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA, OF THE ONE PART, AND THE MEMBER STATES OF THE EUROPEAN COAL AND STEEL COMMUNITY AND THE EUROPEAN COAL AND STEEL COMMUNITY, OF THE OTHER PART

THE REPUBLIC OF AUSTRIA,
of the one part,

THE KINGDOM OF BELGIUM,

THE KINGDOM OF DENMARK,

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,

THE FRENCH REPUBLIC,

IRELAND,

THE ITALIAN REPUBLIC,

THE GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG,

THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS,

THE KINGDOM OF NORWAY,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

being members of the European Coal and Steel Community,

and THE EUROPEAN COAL AND STEEL COMMUNITY,

of the other part,

WHEREAS the Republic of Austria and the European Economic Community are concluding an Agreement concerning the sectors covered by that Community,

PURSUING the same objectives and desiring to find like solutions for the sector covered by the European Coal and Steel Community,

HAVE DECIDED, in pursuit of these objectives and considering that no provision of this Agreement may be interpreted as exempting the Contracting Parties from the obligations which are incumbent upon them under other international agreements, to conclude this Agreement:

ARTICLE 1

1. This Agreement shall apply to products covered by the European Coal and Steel Community which are specified in the Annex and originate in the Republic of Austria or that Community.

2. The Agreement shall replace the Interim Agreement between the Republic of Austria and the Member States of the European Coal and Steel Community signed this same day.

ARTICLE 2

1. No new customs duty on imports shall be introduced in trade between Austria and the Community.

2. Without prejudice to the tariff reductions made under Article 2 (2) of the Interim Agreement between the Republic of Austria and the Member States of the European Coal and Steel Community signed this same day, customs duties on imports shall be progressively abolished in accordance with the following timetable:

(a) on 1 January 1974 each duty shall be reduced to 60% of the basic duty;

(b) three further reductions of 20% each shall be made on:

1 January 1975
1 January 1976
1 July 1977.

As regards trade between Ireland and Austria, an initial reduction shall be made on 1 April 1973 to reduce each customs duty on imports to 80% of the basic duty.

ARTICLE 3

1. The provisions concerning the progressive abolition of customs duties on imports shall also apply to customs duties of a fiscal nature.

The Contracting Parties may replace a customs duty of a fiscal nature or the fiscal element of a customs duty by an internal tax.

2. Denmark, Ireland, Norway and the United Kingdom may retain until 1 January 1976 a customs duty of a fiscal nature or the fiscal element of a customs duty in the event of implementation of Article 38 of the "Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties" drawn up and adopted within the Conference between the European Communities and the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

ARTICLE 4

1. The basic duty to which the successive reductions provided for in Article 2 and in

Protocol No 1 are to be applied shall, for each product, be the duty actually applied on 1 January 1972.

2. The reduced duties calculated in accordance with Article 2 and the Protocol No 1 shall be applied rounded to the first decimal place.

Subject to the application by the Community of Article 39 (5) of the "Act concerning the Conditions of Accession and the Adjustments to the Treaties" drawn up and adopted within the Conference between the European Communities and the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, as regards the specific duties or the specific part of the mixed duties in the Irish Customs Tariff, Article 2 and Protocol No 1 shall be applied, with rounding to the fourth decimal place.

ARTICLE 5

1. No new charge having an effect equivalent to a customs duty on imports shall be introduced in trade between Austria and the Community.

2. Charges having an effect equivalent to customs duties on imports introduced on or after 1 January 1972 in trade between Austria and the Community shall be abolished upon the entry into force of the Agreement.

Any charge having an effect equivalent to a customs duty on imports, the rate of which on 31 December 1972 is higher than that actually applied on 1 January 1972, shall be reduced to the latter rate upon the entry into force of the Agreement.

3. Without prejudice to the reductions made under Article 2 (2) of the Interim Agreement between the Republic of Austria and the Member States of the European Coal and Steel Community signed this same day, charges having an effect equivalent to customs duties on imports shall be progressively abolished in accordance with the following timetable:

(a) by 1 January 1974 at the latest each charge shall be reduced to 60% of the rate applied on 1 January 1972;

(b) three further reductions of 20% each shall be made on:
1 January 1975
1 January 1976
1 July 1977.

As regards trade between Ireland and Austria, an initial reduction shall be made on 1 April 1973 to reduce each charge having an effect equivalent to a customs duty on imports to 80% of the basic duty.

ARTICLE 6

No customs duty on exports or charge having equivalent effect shall be introduced in trade between Austria and the Community.

Customs duties on exports and charges having equivalent effect shall be abolished not later than 1 January 1974.

ARTICLE 7

Protocol No 1 lays down the tariff treatment and arrangements applicable to certain products.

ARTICLE 8

The provisions determining the rules of origin for the application of the Agreement between the Republic of Austria and the European Economic Community signed this same day shall also be applicable to this Agreement.

ARTICLE 9

A Contracting Party which is considering the reduction of the effective level of its duties or charges having equivalent effect applicable to third countries benefiting from most-favoured-nation treatment, or which is considering the suspension of their application, shall, as far as may be practicable, notify the Joint Committee not less than thirty days before such reduction or suspension comes into effect. It shall take note of any representations by the other Contracting Party regarding any distortions which might result therefrom.

ARTICLE 10

1. No new quantitative restriction on imports or measure having equivalent effect shall be introduced in trade between Austria and the Community.

2. Quantitative restrictions on imports shall be abolished on 1 January 1973 and any measures having an effect equivalent to quantitative restrictions on imports shall be abolished not later than 1 January 1975.

ARTICLE 11

From 1 July 1977 products originating in Austria may not enjoy more favourable treatment when imported into the Community than that applied by the Member States of the Community between themselves.

ARTICLE 12

The Agreement shall not modify the provisions of the Treaty establishing the European Coal and Steel Community or the powers and jurisdiction deriving therefrom.

ARTICLE 13

The Agreement shall not preclude the maintenance or establishment of customs unions, free trade areas or arrangements for frontier trade, except insofar as they alter the trade arrange-

ments provided for in the Agreement, in particular the provisions concerning the rules of origin.

ARTICLE 14

The Contracting Parties shall refrain from any measure or practice of an internal fiscal nature establishing, whether directly or indirectly, discrimination between the products of one Contracting Party and like products originating in the territory of the other Contracting Party.

Products exported to the territory of one of the Contracting Parties may not benefit from repayment of internal taxation in excess of the amount of direct or indirect taxation imposed on them.

ARTICLE 15

Payments relating to trade in goods and the transfer of such payments to Austria or to the Member States of the Community in which the creditor is resident shall be free from any restrictions.

The Contracting Parties shall refrain from any exchange or administrative restriction on the grant, repayment or acceptance of short and medium-term credits covering commercial transactions in which a resident participates.

ARTICLE 16

The Agreement shall not preclude prohibitions or restrictions on imports, exports or goods in transit justified on grounds of public morality, law and order or public security, the protection of life and health of humans, animals or plants, the protection of national treasures of artistic, historic or archaeological value, or the protection of industrial and commercial property. Such prohibitions or restrictions must not, however, constitute a means of arbitrary discrimination or a disguised restriction on trade between the Contracting Parties.

ARTICLE 17

Nothing in the Agreement shall prevent a Contracting Party from taking any measures:

(a) which it considers necessary to prevent the disclosure of information contrary to its essential security interests;

(b) which relate to trade in arms, munitions or war materials or to research, development or production indispensable for defence purposes, provided that such measures do not impair the conditions of competition in respect of products not intended for specifically military purposes;

(c) which it considers essential to its own security in time of war or serious international tension.

ARTICLE 18

1. The Contracting Parties shall refrain from any measure likely to jeopardize the fulfilment of the objectives of the Agreement.

2. They shall take any general or specific measures required to fulfil the obligations under the Agreement.

If either Contracting Party considers that the other Contracting Party has failed to fulfil an obligation under the Agreement, it may take appropriate measures under the conditions and in accordance with the procedures laid down in Article 24.

ARTICLE 19

1. The following are incompatible with the proper functioning of the Agreement in so far as they may affect trade between Austria and the Community:

(i) all agreements between undertakings, decisions by associations of undertakings and concerted practices between undertakings which have as their object or effect the prevention, restriction or distortion of competition as regards the production of or trade in goods;

(ii) abuse by one or more undertakings of a dominant position in the territories of the Contracting Parties as a whole or in a substantial part thereof;

(iii) any public aid which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods.

2. Should a Contracting Party consider that a given practice is incompatible with this Article, it may take appropriate measures under the conditions and in accordance with the procedures laid down in Article 24.

ARTICLE 20

1. The Community shall extend, for products of Chapter 73 of the Brussels Nomenclature covered by the Agreement, the application of Article 60 of the Treaty establishing the European Coal and Steel Community and of the implementing decisions thereto to sales of undertakings falling within its jurisdiction to the territory of Austria, while ensuring to this end adequate transparency of freight rates for deliveries to the territory of Austria.

2. In the matter of prices, Austria shall ensure for deliveries, of products of Chapter 73 of the Brussels Nomenclature covered by this Agreement, by undertakings subject to its jurisdiction, both in the territory of Austria and to the Common Market:

(a) Observance of the prohibition on unfair competition

(b) Observance of the principle of non-discrimination

(c) Disclosure of prices ex the chosen basing point and of conditions of sale

(d) Observance of the rules on alignment,

while ensuring to this end adequate transparency of freight rates.

Austria shall take the measures required continually to achieve the same effects as those produced by the implementing decisions taken by the Community in this matter.

As regards deliveries to the Common Market, Austria shall also ensure observance of other decisions by the Community prohibiting alignment on quotations from certain third countries, having regard to the transitional provisions concerning the accession of Denmark and Norway to the Community.

As regards deliveries to the Irish market, Austria shall furthermore ensure observance of the transitional provisions applying to the accession of Ireland to the Community and limiting the possibilities of alignment on this market.

The Community has provided Austria with a list of decisions implementing Article 60 and ad hoc decisions concerning the prohibition on alignment and with the text of the transitional provisions concerning the Danish, Irish and Norwegian markets. It will also inform Austria immediately if any change in the decisions referred to above is adopted.

3. If the offers made by Austrian undertakings are detrimental or liable to be so to the proper functioning of the Community market or if the offers made by Community undertakings are detrimental or liable to be so to the proper functioning of the Austrian market and if any such detriment is attributable to differential application of the rules established under paragraphs 1 and 2 or to breach of those rules by the undertakings in question, the Contracting Party concerned may take appropriate measures under the conditions and in accordance with the procedures laid down in Article 24.

ARTICLE 21

Where an increase in imports of a given product is or is likely to be seriously detrimental to any production activity carried on in the territory of one of the Contracting Parties and where this increase is due to:

(i) the partial or total reduction in the importing Contracting Party, as provided for in the Agreement, of customs duties and charges having equivalent effect levied on the product in question; and

(ii) the fact that the duties or charges having equivalent effect levied by the exporting Contracting Party on imports of raw materials or intermediate products used in the manufacture of the product in question are significantly lower than the corresponding duties or charges levied by the importing Contracting Party;

the Contracting Party concerned may take appropriate measures under the conditions and in accordance with the procedures laid down in Article 24.

ARTICLE 22

If one of the Contracting Parties finds that dumping is taking place in trade with the other Contracting Party, it may take appropriate measures against this practice in accordance with the provisions of the Agreement on Implementation of Article VI of the General Agreement on Tariffs and Trade, under the conditions and in accordance with the procedures laid down in Article 24.

ARTICLE 23

If serious disturbances arise in any sector of the economy or if difficulties arise which could bring about serious deterioration in the economic situation of a region, the Contracting Party concerned may take appropriate measures under the conditions and in accordance with the procedures laid down in Article 24.

ARTICLE 24

1. In the event of a Contracting Party subjecting imports of products liable to give rise to the difficulties referred to in Articles 21 and 23 to an administrative procedure, the purpose of which is to provide rapid information on the trend of trade flows, it shall inform the other Contracting Party.

2. In the cases specified in Articles 18 to 23, before taking the measures provided for therein or, in cases to which paragraph 3 (e) applies, as soon as possible, the Contracting Party in question shall supply the Joint Committee with all relevant information required for a thorough examination of the situation with a view to seeking a solution acceptable to the Contracting Parties.

In the selection of measures, priority must be given to those which least disturb the functioning of the Agreement.

The safeguard measures shall be notified immediately to the Joint Committee and shall be the subject of periodical consultations within the

Committee, particularly with a view to their abolition as soon as circumstances permit.

3. For the implementation of paragraph 2, the following provisions shall apply:

(a) As regards Article 19, either Contracting Party may refer the matter to the Joint Committee if it considers that a given practice is incompatible with the proper functioning of the Agreement within the meaning of Article 19 (1).

The Contracting Parties shall provide the Joint Committee with all relevant information and shall give it the assistance it requires in order to examine the case and, where appropriate, to eliminate the practice objected to.

If the Contracting Party in question fails to put an end to the practice objected to within the period fixed by the Joint Committee, or in the absence of agreement in the Joint Committee within three months of the matter being referred to it, the Contracting Party concerned may adopt any safeguard measures it considers necessary to deal with the serious difficulties resulting from the practices in question; in particular it may withdraw tariff concessions.

(b) As regards Article 20, the Contracting Parties shall provide the Joint Committee with all relevant information and shall give it the assistance it requires in order to examine the case and, where appropriate, to consider an appropriate sanction for the practice in question.

In the absence of agreement within the Joint Committee or, according to the case, if no satisfactory sanction is imposed on the undertaking at fault, the Contracting Party concerned may take the measures it considers necessary to deal both with the difficulties resulting from differences in application or from infringement and with the risk of distortion of competition. These measures may in particular take the form of withdrawal of tariff concessions and release of the undertakings concerned from the commitment to comply with price rules in their dealings on the other Contracting Party's market.

The safeguard measures shall be notified immediately to the Joint Committee and shall be the subject of periodical consultations within that Committee, particularly with a view to their abolition as soon as circumstances permit.

In urgent cases, the Contracting Party concerned may make a direct request to the other Contracting Party:

(i) to put an immediate stop to the practice objected to,

(ii) to take steps to impose a sanction on the undertaking at fault.

If the Contracting Party concerned does not consider that the matter has been settled satisfactorily, it may initiate the procedure provided for within the Joint Committee.

(c) As regards Article 21 the difficulties arising from the situation referred to in that Article shall be referred for examination to the Joint Committee, which may take any decision needed to put an end to such difficulties.

If the Joint Committee or the exporting Contracting Party has not taken a decision putting an end to the difficulties within thirty days of the matter being referred, the importing Contracting Party is authorized to levy a compensatory charge on the product imported.

The compensatory charge shall be calculated according to the incidence on the value of the goods in question of the tariff disparities in respect of the raw materials or intermediate products incorporated therein.

(d) As regards Article 22, consultation in the Joint Committee shall take place before the Contracting Party concerned takes the appropriate measures.

(e) Where exceptional circumstances requiring immediate action make prior examination impossible, the Contracting Party concerned may, in the situations specified in Articles 21, 22 and 23 and also in the case of export aids having a direct and immediate incidence on trade, apply forthwith the precautionary measures strictly necessary to deal with the situation.

ARTICLE 25

Where Austria or one or more Member States of the Community is in difficulties or is seriously threatened with difficulties as regards its balance of payments, the Contracting Party concerned may take the necessary safeguard measures. It shall inform the other Contracting Party forthwith.

ARTICLE 26

1. A Joint Committee is hereby established, which shall be responsible for the administration of the Agreement and shall ensure its proper implementation. For this purpose, it shall make recommendations and take decisions in the cases provided for in the Agreement. These decisions shall be put into effect by the Contracting Parties in accordance with their own rules.

2. For the purpose of the proper implementation of the Agreement the Contracting Parties shall exchange information and, at the request of either Party, shall hold consultations within the Joint Committee.

3. The Joint Committee shall adopt its own rules of procedure.

ARTICLE 27

1. The Joint Committee shall consist of representatives of the Contracting Parties.

2. The Joint Committee shall act by mutual agreement.

ARTICLE 28

1. Each Contracting Party shall preside in turn over the Joint Committee, in accordance with the arrangements to be laid down in its rules of procedure.

2. The Chairman shall convene meetings of the Joint Committee at least once a year in order to review the general functioning of the Agreement.

The Joint Committee shall, in addition, meet whenever special circumstances so require, at the request of either Contracting Party, in accordance with the conditions to be laid down in its rules of procedure.

3. The Joint Committee may decide to set up any working party that can assist it in carrying out ist duties.

ARTICLE 29

1. Where a Contracting Party considers that it would be useful in the interest of the economies of the Contracting Parties to develop the relations established by the Agreement by extending them to fields not covered thereby, it shall submit a reasoned request to the other Contracting Party.

The Contracting Parties may instruct the Joint Committee to examine this request and, where appropriate, to make recommendations to them, particularly with a view to opening negotiations.

2. The agreements resulting from the negotiations referred to in paragraph 1 will be subject to ratification or approval by the Contracting Parties in accordance with their own procedures.

ARTICLE 30

The Annex and the Protocols to the Agreement shall form an integral part thereof.

ARTICLE 31

Either Contracting Party may denounce the Agreement by notifying the other Contracting Party. The Agreement shall cease to be in force twelve months after the date of such notification.

ARTICLE 32

The Agreement shall apply, on the one hand, to the territory of the Republic of Austria and, on the other, to the territories to which the Treaty establishing the European Coal and Steel Community applies upon the terms laid down in that Treaty.

ARTICLE 33

This Agreement is drawn up in duplicate, in the German, Danish, Dutch, English, French, Italian and Norwegian languages, each of these texts being equally authentic.

This Agreement will be approved by the Contracting Parties in accordance with their own procedures.

It shall enter into force on 1 January 1973 provided that the Contracting Parties have notified each other before that date that the procedures necessary to this end have been completed.

In the event of application of Article 2 (3) of the Decision of the Council of the European Communities of 22 January 1972 concerning the accession of the Kingdom of Denmark, Ireland, the Kingdom of Norway and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the European Coal and Steel Community, this Agreement may take effect only for the States that have deposited the instruments specified in that paragraph.

After 1 January 1973, this Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the notification referred to in paragraph 3. The final date for such notification shall be 30 November 1973.

The provisions applicable on 1 April 1973 shall be applied upon the entry into force of this Agreement if it enters into force after that date.

Done at Brussels on this twenty-second day of July in the year one thousand nine hundred and seventy-two.

Für die Republik Österreich:

Kreisky m. p.
Staribacher m. p.

Pour le Royaume de Belgique:
Voor het Koninkrijk België:

Harmel m. p.

På Kongeriget Danmarks vegne:

Gundelach m. p.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

von Braun m. p.

Pour la République française:

Schumann m. p.

For Ireland:

Kennan m. p.

Per la Repubblica italiana:

Medici m. p.

Pour le Grand-Duché de Luxembourg:

Thorn m. p.

Voor het Koninkrijk der Nederlanden:

Westerterp m. p.

For Kongeriket Norge:

Cappelen m. p.

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Rippon m. p.

På Kommissionen for De europæiske Fællesskabers vegne:

Im Namen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

In the name of the Commission of the European Communities:

Au nom de la Commission des Communautés européennes:

A nome della Commissione delle Comunità Europee:

Namens de Commissie der Europese Gemeenschappen:

For Kommisjonen for De Europeiske Fellesskap:

Deniau m. p.

Wellenstein m. p.

ANNEX

List of products referred to in Article 1 of the Agreement

Brussels Nomenclature heading No.	Description
26.01	Metallic ores and concentrates and roasted iron pyrites: A. Iron ores and concentrates and roasted iron pyrites: II. Other B. Manganese ores and concentrates, including manganiferous iron ores and concentrates with a manganese content of 20% or more by weight
26.02	Slag, dross, scalings and similar waste from the manufacture of iron or steel: A. Blast-furnace dust
27.01	Coal; briquettes, ovoids and similar solid fuels manufactured from coal
27.02	Lignite, whether or not agglomerated
27.04	Coke and semi-coke of coal, of lignite or of peat: A. Of coal: II. Other B. Of lignite
73.01	Pig iron, cast iron and spiegeleisen, in pigs, blocks, lumps and similar forms
73.02	Ferro-alloys: A. Ferro-manganese: I. Containing more than 2% by weight of carbon (high carbonferro-manganese)
73.03	Waste and scrapmetal of iron or steel
73.05	Iron or steel powders; sponge iron or steel: B. Sponge iron or steel
73.06	Puddled bars and pilings; ingots, blocks, lumps and similar forms, of iron or steel
73.07	Blooms, billets, slabs and sheet bars (including tinplate bars), of iron or steel; pieces roughly shaped by forging, of iron or steel: A. Blooms and billets: I. Rolled B. Slabs and sheet bars (including tinplate bars): I. Rolled
73.08	Iron or steel coils for re-rolling
73.09	Universal plates of iron or steel
73.10	Bars and rods (including wire rod), of iron or steel, hot-rolled, forged, extruded, cold-formed or cold-finished (including precision-made); hollow mining drill steel: A. Not further worked than hot-rolled or extruded D. Clad or surface-worked (for example, polished, coated): I. Not further worked than clad: (a) Hot-rolled or extruded
73.11	Angles, shapes and sections, of iron or steel, hot-rolled, forged, extruded, cold-formed or cold-finished; sheet piling of iron or steel, whether or not drilled, punched or made from assembled elements: A. Angles, shapes and sections: I. Not further worked than hot-rolled or extruded IV. Clad or surface-worked (for example, polished, coated): (a) Not further worked than clad: 1. Hot-rolled or extruded B. Sheet piling

Brussels Nomenclature heading No.	Description
73.12	Hoop and strip, of iron or steel, hot-rolled or cold-rolled: A. Not further worked than hot-rolled B. Not further worked than cold-rolled: I. In coils for the manufacture of tinplate (a) C. Clad, coated or otherwise surface-treated: III. Tinned: (a) Tinplate V. Other (for example, copper-plated, artificially oxidized, lacquered, nickel-plated, varnished, clad, parkerized, printed): (a) Not further worked than clad: 1. Hot-rolled
73.13	Sheets and plates, of iron or steel, hot-rolled or cold-rolled: A. "Electrical" sheets and plates B. Other sheets and plates: I. Not further worked than hot-rolled II. Not further worked than cold-rolled, of a thickness of: (b) More than 1 mm but less than 3 mm (c) 1 mm or less III. Not further worked than burnished, polished or glazed IV. Clad, coated or otherwise surface-treated: (b) Tinned: 1. Tinplate 2. Other (c) Zinc-coated or lead-coated (d) Other (for example, copper-plated, artificially oxidized, lacquered, nickel-plated, varnished, clad, parkerized, printed) V. Otherwise shaped or worked: (a) Cut into shapes other than rectangular shapes, but not further worked: 2. Other
73.15	Alloy steel and high carbon steel in the forms mentioned in headings Nos 73.06 to 73.14: A. High carbon steel: I. Ingots, blooms, billets, slabs and sheet bars: (b) Other III. Coils for re-rolling IV. Universal plates V. Bars and rods (including wire rod) and hollow mining drill steel; angles, shapes and sections: (b) Not further worked than hot-rolled or extruded (d) Clad or surface-worked (for example, polished, coated): 1. Not further worked than clad: (aa) Hot-rolled or extruded VI. Hoop and strip: (a) Not further worked than hot-rolled (c) Clad, coated or otherwise surface-treated: 1. Not further worked than clad: (aa) Hot-rolled VII. Sheets and plates: (a) Not further worked than hot-rolled (b) Not further worked than cold-rolled, of a thickness of: 2. Less than 3 mm (c) Polished, clad, coated or otherwise surface-treated

(a) Entry under this subheading is subject to conditions to be determined by the competent authorities.

Brussels Nomenclature heading No.	Description
73.15 (cont'd)	(d) Otherwise shaped or worked: 1. Cut into shapes other than rectangular shapes, but not further worked B. Alloy steel: I. Ingots, blooms, billets, slabs and sheet bars: (b) Other III. Coils for re-rolling IV. Universal plates V. Bars and rods (including wire rod) and hollow mining drill steel; angles, shapes and sections: (b) Not further worked than hot-rolled or extruded (d) Clad or surface-worked (for example, polished, coated): 1. Not further worked than clad: (aa) Hot-rolled or extruded VI. Hoop and strip: (a) Not further worked than hot-rolled (c) Clad, coated or otherwise surface-treated: 1. Not further worked than clad: (aa) Hot-rolled VII. Sheets and plates: (a) "Electrical" sheets and plates (b) Other sheets and plates: 1. Not further worked than hot-rolled 2. Not further worked than cold-rolled, of a thickness of: (bb) Less than 3 mm 3. Polished, clad, coated or otherwise surface-treated 4. Otherwise shaped or worked: (aa) Cut into shapes other than rectangular shapes, but not further worked
73.16	Railway and tramway track construction material of iron or steel, the following: rails, check-rails, switch blades, crossings (or frogs), crossing pieces, point rods, rack rails, sleepers, fish-plates, chairs, chair wedges, sole plates (base plates), rail clips, bedplates, ties and other material specialized for joining or fixing rails: A. Rails: II. Other B. Check-rails C. Sleepers D. Fish-plates and sole plates: I. Rolled

PROTOCOL NO 1

concerning the treatment applicable to certain products

SECTION A

Treatment applicable to imports into the Community of certain products originating in Austria

Article 1

1. Without prejudice to the tariff reductions made under Article 1 of the Protocol to the Interim Agreement between the Member States of the European Coal and Steel Community and the Republic of Austria, signed this same day, customs duties on imports into the Community as originally constituted and into Ireland of the products specified in paragraph 2 shall be progressively reduced to the following levels in accordance with the following timetable:

Timetable	Percentage of basic duties applicable
1 January 1974	90
1 January 1975	85
1 January 1976	75
1 January 1977	60
1 January 1978	40
1 January 1979	20
1 January 1980	0

On 1 April 1973 Ireland shall reduce its customs duties on imports to 95% of the basic duties applicable.

2. The products referred to in paragraph 1 are the following:

Common Customs Tariff heading No	Description
ex 73.15	Alloy steel and high carbon steel in the forms mentioned in headings Nos 73.06 to 73.14, except products covered by the EEC Treaty

Article 2

Imports to which the tariff treatment provided for in Article 1 applies shall be subjected to annual indicative ceilings above which the customs duties applicable in respect of third countries may be reintroduced in accordance with the following provisions:

(a) Taking into account that the Community and its Member States have the right to suspend application of ceilings for certain products, the ceilings for 1973 are shown in Annex C to Protocol No 1 to the Agreement between the European Economic Community and the Republic of Austria signed this same day. From 1 January 1974 the level of the ceilings shall be raised annually by 5%.

For products covered by this Protocol but not included in that Annex, the Community and its Member States reserve the right to introduce ceilings of which the levels will be equal to the average amount of imports into the Community over the last four years for which statistics are available, increased by 5%; for the following years the levels of these ceilings shall be raised annually by 5%.

(b) Should, for two successive years, imports of a product subject to a ceiling be less than 90% of the level fixed, the Community and its Member States shall suspend the application of the ceiling.

(c) In the event of short-term economic difficulties, the Community and its Member States reserve the right, after consultation within the Joint Committee, to maintain for a year the level fixed for the preceding year.

(d) On 1 December each year the Community and its Member States shall notify the Joint Committee of the list of products subject to ceilings in the following year and of the levels of the ceilings.

(e) Notwithstanding Article 2 of the Agreement and Article 1 of this Protocol, when a ceiling fixed for imports of a product covered by this Protocol is reached, Common Customs Tariff duties on imports of the product in question may be reimposed until the end of the calendar year.

In this event, prior to 1 July 1977:

(i) Denmark, Norway and the United Kingdom shall reimpose customs duties as follows:

Years	Percentage of Common Customs Tariff duties applicable
1973	0
1974	40
1975	60
1976	80

(ii) Ireland shall reimpose customs duties applicable to third countries.

The customs duties specified in Article 1 of this Protocol shall be reimposed on 1 January of the following year.

(f) After 1 July 1977 the Contracting Parties shall examine within the Joint Committee the possibility of revising the percentage by which the levels of ceilings are raised, having regard to the trend of consumption and imports in the Community and to experience gained in applying this Article.

(g) The ceilings shall be abolished at the end of the tariff dismantling period provided for in Article 1 of this Protocol.

SECTION B

Treatment applicable by Austria to imports of certain products originating in the Community

Article 3

1. Without prejudice to the tariff reductions made under Article 2 of the Protocol to the Interim Agreement between the Member States of the European Coal and Steel Community and the Republic of Austria, signed this same day, customs duties on products originating in the Community as originally constituted and in Ireland imported into Austria, these products being specified in paragraph 2, shall be progressively reduced to the following levels in accordance with the following timetable:

Timetable	Percentage of basic duties applicable
1 April 1973	90
1 January 1974	80
1 January 1975	70
1 January 1976	70
1 January 1977	60
1 January 1978	40
1 January 1979	20
1 January 1980	0

2. The products referred to in paragraph 1 are the following:

Austrian Customs Tariff heading No	Description
ex 73.15	Alloy steel and high carbon steel in the forms mentioned in headings Nos 73.06 to 73.14, excluding products covered by the EEC Treaty

Article 4

Imports to which the tariff treatment provided for in Article 3 applies shall be subjected to annual indicative ceilings above which the customs duties applicable in respect of third countries may be reintroduced in accordance with the following provisions:

(a) Taking into account Austria's right to suspend application of ceilings for certain products, the ceilings for 1973 are shown in Annex G to Protocol No 1 to the Agreement between the European Economic Community and the Republic of Austria signed this same day. From 1 January 1974 the level of the ceilings shall be raised annually by 5%.

For products covered by this Protocol but not included in that Annex, Austria reserves the right to introduce ceilings of which the levels will be equal to the average amount of imports into Austria over the last four years for which statistics are available, increased by 5%; for the following years, the levels of these ceilings shall be raised annually by 5%.

(b) Should, for two successive years, imports of a product subject to a ceiling be less than 90% of the level fixed, Austria shall suspend the application of this ceiling.

(c) In the event of short-term economic difficulties, Austria reserves the right, after consultation within the Joint Committee, to maintain for a year the level fixed for the preceding year.

(d) Each year Austria shall notify the Joint Committee of the list of products subject to ceilings and of the levels of the ceilings.

(e) Notwithstanding Article 2 of the Agreement and Article 3 of this Protocol, when a ceiling fixed for imports of a product covered by this Protocol is reached, Austrian Customs Tariff duties on imports of the product in question may be reimposed until the end of the calendar year.

In this event, prior to 1 July 1977, Austria shall reimpose customs duties for Denmark, Norway and the United Kingdom as follows:

Years	Percentage of Austrian Customs Tariff duties applicable
1973	0
1974	40
1975	60
1976	80

The customs duties specified in Article 3 of this Protocol shall be reimposed on 1 January of the following year.

(f) After 1 July 1977 the Contracting Parties shall examine within the Joint Committee the possibility of revising the percentage by which the levels of ceilings are raised, having regard to the trend of consumption and imports in Austria and to experience gained in applying this Article.

(g) The ceilings shall be abolished at the end of the tariff dismantling period provided for in Article 3 of this Protocol.

PROTOCOL NO 2

concerning quantitative restrictions which Austria may retain

1. Notwithstanding Article 10 of the Agreement, Austria may retain quantitative restrictions on the products below:

Austrian Customs Tariff heading No	Description
27.02	Lignite, whether or not agglomerated

2. The quantitative restrictions which Austria may retain in accordance with paragraph 1 of this Protocol shall be applied in such a way as to make it possible, as regards the products listed in paragraph 1, for Community exporters to compete with other suppliers on fair and equal terms for a reasonable share of the Austrian market, account being taken of the normal development of trade.

DECLARATION

Interpretative declaration concerning the meaning of the expression "Contracting Parties" appearing in the Agreement

The Contracting Parties agree to interpret the Agreement in the sense that the expression "Contracting Parties" appearing in the said Agreement means, on the one hand, the Community and the Member States, or solely the Member States or the Community and, on the other hand, Austria. The meaning to be given in each case to this expression will be deduced from the provisions in question of the Agreement and from the corresponding provisions of the Treaty establishing the European Coal and Steel Community.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Vertragswerk für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Inneres, vom Bundesminister für Justiz, vom Bundesminister für Unterricht und Kunst, vom Bundesminister für soziale Verwaltung, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, vom Bundesminister für Verkehr, vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 11. Dezember 1972

Der Bundespräsident:
Jonas

Der Bundeskanzler:
Kreisky

Der Bundesminister für Inneres:
Rösch

Der Bundesminister für Justiz:
Broda

Der Bundesminister für Unterricht und Kunst:
Sinowatz

Der Bundesminister für soziale Verwaltung:
Häuser

Der Bundesminister für Finanzen:
Androsch

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:
Weihs

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie:
Staribacher

Der Bundesminister für Verkehr:
Frühbauer

Der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz:
Leodolter

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:
i. V. Broda

Das Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens wird nach Maßgabe seines Art. 33 Abs. 3 gesondert kundgemacht werden.

Kreisky

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei